

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hans-Ulrich Klose

Die Unregierbarkeit
der Städte

Peter Glotz

Anatomie
einer politischen Partei
in einer Millionenstadt

Über den Zusammenhang
von Mitgliederstruktur
und innerparteilicher Solidarität
in der Münchener SPD 1968-1974

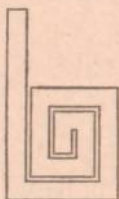
B 41/75

11. Oktober 1975

Hans-Ulrich Klose, geb. am 14. Juni 1937 in Breslau; 2. juristische Staatsprüfung 1965 in Hamburg, nach der Referendarzeit Staatsanwalt für NS-Verbrechen, Jugendstaatsanwalt, Persönlicher Referent des Präses der Justizbehörde und schließlich in derselben Behörde Leiter der Dienststelle Justizplanung; 1973 Präses der Behörde für Inneres, seit November 1974 Erster Bürgermeister und Präsident des Hamburger Senats.

Peter Glotz, Dr. phil., M. A., geboren am 6. März 1939; 1964—1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München; 1969/70 Konrektor der Universität München; 1970 Mitglied des Bayerischen Landtages, Geschäftsführer des Forschungsinstituts Arbeitsgemeinschaft für Kommunikationsforschung in München; 1972 Wahl in den Deutschen Bundestag; seit 1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; seit 1972 Stellvertretender Vorsitzender der SPD in Bayern.

Veröffentlichungen u. a.: Versäumte Lektionen — Entwurf eines Lesebuchs, 1965; Der mißachtete Leser — Kritik der Deutschen Presse, 1969; Vorbilder für Deutsche — Korrektur einer Heldengalerie, 1974 — alle mit Wolfgang R. Langenbacher. Buchkritik in Deutschen Zeitungen, 1968; Der Weg der Sozialdemokratie — Der historische Auftrag des Reformismus, 1975. Kommunikationswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Aufsätze in Fachzeitschriften, Lexika, Sammelwerken etc.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstraße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Unregierbarkeit der Städte

Wenn ich es recht verstehe, dann ist dies Thema von der Unregierbarkeit der Städte ein Ausschnittsthema, das unter eine größere Überschrift gestellt ist. Ich glaube, daß diesem Thema eine exemplarische Bedeutung zukommt, jedenfalls eine größere, als mit dem Wort Stadt oder Städte ausgedrückt ist. Man könnte ausgehen von der Statistik und sagen: In den zwölf größten deutschen Städten wohnen rund 11 Millionen Menschen; das allein beweist schon, daß über die Städte reden heißt, über viele Menschen reden. Man könnte die Statistik noch weiter treiben und sagen, daß die Städte nicht nur interessant sind für die, die unmittelbar in ihnen leben, sondern auch für das Umland, für die jeweilige Region.

Wenn man Hamburg als Beispiel nimmt: In Hamburg leben etwa 1,7 Millionen Menschen, in der Region ungefähr 3 Millionen. Und wenn man von der Mentalität des Umlandes ausgeht, dann wird man feststellen, daß sich die Menschen bis hinauf nach Neumünster, Itzehoe und bis hinunter nach Lüneburg im wesentlichen nach Hamburg hin orientieren — „Hamburg-minded“ sind — und weniger nach Kiel oder Hannover hin.

Es kommt aber nicht darauf an, in Statistik zu machen. Richtig ist doch: Das Leben in einem dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik wird im wesentlichen von den Städten geprägt. Deshalb glaube ich, daß das Funktionieren der Städte oder ihr Nichtfunktionieren von erheblicher Bedeutung für die ganze Nation ist. Mir scheint in der Tat, daß die sozialen, ökonomischen und kulturellen Funktionen, die die Städte bisher erfüllt haben, gegenwärtig in Frage gestellt sind, daß sich erhebliche Schwierigkeiten ergeben, daß wir uns — um das Wort zu gebrauchen — zwar nicht an einer Tendenz, aber immerhin an einer Wende befinden. Ausgangsthese würde sein: Wir haben nach dem Kriege zwangsläufig — ich lege keinen Vorwurf in diese Feststellung — das Schwergewicht unserer Aktivitäten darauf verlegt, die zerstörten Quantitäten in

den Städten neu zu schaffen und zu mehren. Das größere Problem war dabei das Wohnungsproblem; es kam darauf an, in den — zu hohen Prozentzahlen zerstörten — Städten zunächst einmal Wohnungen für viele Menschen aus dem Boden zu stampfen. Bitte bedenken Sie, daß nach dem Kriege in Hamburg rund 450 000 Wohnungen gebaut worden sind. Das ist etwas mehr als die Zahl der Wohnungen, über die die Stadt München heute verfügt. Diese Wohnungen mußten gebaut werden, und zwar schnell; denn es gab Menschen, die sie dringend brauchten. Sie wissen, die Einwohnerzahlen in den Städten gingen nach dem Kriege zunächst sprunghaft herauf, im wesentlichen als Folge der Bevölkerungsverchiebungen in Deutschland. Heute kommt es nicht mehr darauf an, zusätzliche Quantitäten zu schaffen, sondern es kommt darauf an, sehr langsam und sehr vorsichtig, aber zielgerichtet umzuschalten auf bessere Qualitäten — was leicht gesagt, aber schwer getan ist —. Wir reden von der Unregierbarkeit, und ich denke, wir sollten zunächst ein paar — wie wir in Hamburg sagen — „Juckepunkte“ nennen, die das Regieren schwermachen und den Zustand der Städte, den gegenwärtigen Zustand der Städte beschreiben.

Als ersten „Juckepunkt“ nenne ich — ich weiß, das ist eine gefährliche Sache — das Stichwort Demokratisierung. Gemeint ist damit die gewollte Mehrung der Bürgerbeteiligung an staatlichen und nichtstaatlichen Entscheidungen. Man muß die Demokratisierungswelle, die wir erlebt haben, dabei sorgfältig analysieren und aufgliedern, muß auf die verschiedenen Ebenen abheben, in denen sich Demokratisierung vollzogen hat.

Ich beginne, was naheliegt, bei den Parteien. Die Parteien haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Die Neigung der sogenannten Basis, sich mit allem und jedem zu beschäftigen, bis hin zur letzten Personalentscheidung, wenn es eben möglich ist, hat in unerhörter Weise zugenommen; wogegen im Prinzip nichts zu sagen wäre, wenn in den Parteien vorwiegend standfeste Politiker mitarbeiteten, die in der Lage wären, gelegentlich nein zu sagen. Ohne bewerten zu wollen glaube ich aber, daß wir von diesem Idealzu-

Dieser Aufsatz beruht auf dem Manuskript eines Vortrags, der im Juli dieses Jahres in der Evangelischen Akademie Tutzingen gehalten wurde.

stand noch weit entfernt sind, daß wir ihn jedenfalls noch nicht erreicht haben. Deshalb hat die Aktivierung der Basis vielfach zur Folge, daß im oberen Bereich opportune Entscheidungen getroffen werden und nicht Entscheidungen, die von der Sache her geboten sind. Das klingt überzogen. Man muß es aber als Problem erkennen; ich will es als Problem hier auch nur andeuten. Wir haben dann — möglicherweise als Folge des Versagens von Parteien in einigen Bereichen — erlebt, daß sich aus der Bevölkerung heraus Bürgerinitiativen entwickelt haben, die zwar mehr oder weniger offen überwiegend Partikularinteressen vertreten, diese aber unter übergeordnete Gesichtspunkte — jedenfalls verbal — stellen.

Bürgerinitiativen sind von den Parteien aus unterschiedlichen Gründen überwiegend als eine positive Erscheinung gewürdigt worden, und ich möchte dieses grundsätzlich auch hier tun, aber ich rate aus meinen Erfahrungen zu einem sachlichen Urteil und zu einer sachlichen Behandlung von Bürgerinitiativen. Aus meiner Sicht heißt das, daß Bürgerinitiativen, die ein bestimmtes Interesse vertreten, ein Recht darauf haben, mit ihren Argumenten und Forderungen gehört zu werden. Sie haben ein Recht darauf, informiert zu werden über die Entscheidungen und die Gründe, die eine staatliche Entscheidung tragen. Aber Bürgerinitiativen haben keinen „Anspruch“ auf eine von ihnen gewollte Entscheidung. Diese Entscheidung muß immer bei den demokratisch legitimierten Gremien bleiben, also bei Parlamenten und Regierungen. Es ist nicht zu übersehen, daß dies nicht immer die Praxis von Politikern im Umgang mit Bürgerinitiativen gewesen ist, daß sie vielmehr — zum Beispiel um Ruhe zu haben oder zu bekommen — gelegentlich auch anders entschieden haben. Ich komme auf diesen Punkt noch einmal zurück.

Es muß schließlich unter dem Stichwort „Demokratisierung“ über Verbände — also Gewerkschaften, Unternehmerverbände, auch Kirchen — gesprochen werden. Und bei Gewerkschaften muß insbesondere geredet werden nicht über die großen, sondern über die kleinen, die ständischen Berufsvertretungen, und über das, was ich „Gelbe Gewerkschaften“ nennen würde. Die „Fluglotsenmentalität“ spielt nämlich bei der Frage, ob große Städte regierbar sind oder nicht, eine ganz entscheidende Rolle, und wir beobachten leider, daß die Zahl der kleinen, nicht in den großen Gewerkschaften organisierten Berufs-

vertretungen nicht ab-, sondern wieder zunimmt. Dies trägt dazu bei, daß man zum Beispiel ein Sparprogramm im Personalbereich mit einer Gewerkschaft wie der ÖTV erörtert, daß dabei sogar Verständnis geweckt werden kann. Die jeweils betroffene Berufsvertretung wird man dazu nur sehr schwer bewegen können. Dies macht ganz zweifellos das Regieren in einer Stadt wie Hamburg mit etwa 107 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht gerade leicht.

Wenn ich von Demokratisierung rede, muß ich schließlich die Mitbestimmung im staatlichen Bereich nennen, wo wir sehr dezidierte Mitbestimmungsregelungen getroffen haben. Das gilt zunächst für den Bildungsbereich — in den Universitäten angefangen, danach in den Fachhochschulen und zuletzt in den Schulen. Es wäre verfrüht, für diesen Bereich schon eine konkrete Aussage zu wagen, da es sich hier um Gesetze handelt, bei denen wir gesagt haben, daß sie erst über eine gewisse Experimentierphase hin laufen müssen. Ich kann insbesondere noch nicht sagen, wie dies im Schulbereich funktioniert. Aber zumindest im Universitätsbereich gibt es erste Anhaltspunkte, aus denen gefolgert werden kann, daß die Partizipationsregelung — etwa nach dem Hamburger Universitätsgesetz — zwar zur Beruhigung der Universität, aber nicht unbedingt zur Steigerung ihrer Effektivität beigetragen hat. Der Personaleinsatz, der beispielsweise bei den langen Diskussionen in Mitbestimmungsgremien „verloren“ geht, steht in keinem Verhältnis zu dem, was letztlich dabei herauskommt. Ich referiere dies, weil es gerade dazu in Hamburg einen Bericht des Rechnungshofes gibt. Und obwohl dieser ja eher zurückhaltend und sehr sachlich ist, kommt er zu diesem konkreten Ergebnis.

Es gibt ein Mitbestimmungsgesetz, das das Regieren außerordentlich schwierig macht, von dem ich aber dennoch — alles in allem — sagen würde, daß es sich bewährt hat. Dieses Gesetz bezieht sich auf den Personalvertretungsbereich. Allerdings gibt es auch hier eine Grenze, an die wir gelegentlich stoßen. Diese Grenze fängt dort an, wo die Organisationsgewalt der Regierung berührt, vielleicht sogar überschritten wird durch Mitbestimmungsregelungen, die zwingend vorgeschrieben sind, also nicht durch eine Entscheidung des Senates überwunden werden können. Wir sind, wie ich zugeben muß, in Hamburg schon an einer Grenze, wo dies fast schon nicht mehr vertretbar ist. Wir können zum Beispiel

die Polizeireform — also eine spezifische staatliche Regierungsaufgabe — nicht durchsetzen ohne die Mitbestimmung der Personalräte.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich spreche mich nicht gegen die Mitbestimmung der Personalräte aus, wenn es zum Beispiel um Personalentscheidungen geht. Regelmäßig geht deren Mitbestimmung jedoch weit darüber hinaus. Die Mitbestimmung ist bereits bei dem Reformvorhaben, bei der Zielformulierung, tangiert. Jedenfalls ist dies die Meinung der Gerichte. Es bedeutet, daß das Regieren immer schwerer wird. Es zwingt uns, die Regierenden, zu sehr langen Gesprächen mit Personalräten, mit Gewerkschaften, also zu einem hohen Zeitaufwand. Letztlich bewerte ich aber dieses Gesetz positiv; denn ich habe die Erfahrung gemacht, daß das viele und häufige Sprechen und der ständige Kontakt mit Gewerkschaften und Personalräten mir mittelfristig die Aufgabe des Regierens nicht erschwert, sondern erleichtert. Darin liegt sicherlich ein allgemein gültiger Ansatz. Es ist grundsätzlich vernünftig, mit Leuten zu reden und sie immer wieder in die Probleme einzuweisen. Sie sind dann auch leichter geneigt und in der Lage, diese Probleme im einzelnen nachzuvollziehen.

Als letzten Punkt zum Stichwort Demokratisierung möchte ich auf das Planverfahren und auf eine Besonderheit, die Einrichtung von Sanierungsbeauftragten, hinweisen. Beides hat sich in Hamburg relativ gut bewährt und erschwert die Arbeit nicht. Zwar führen auch diese Formen der Demokratisierung gelegentlich zu zeitlichen Verzögerungen, diese müssen jedoch in Kauf genommen werden.

Wenn ich diesen ersten Bereich der „Demokratisierung“ insgesamt würdigen soll, würde ich sagen: Alle diese Demokratisierungsbestrebungen waren und sind gut und richtig, weil sie dazu beitragen, die demokratische Idee auszuweiten und lebendig zu halten. Sie tragen dazu bei, ein Stück Identifikation mit unserem demokratischen System zu ermöglichen. Bei reiner Praktizierung des repräsentativen Systems wäre dies nur schwer möglich. Es muß allerdings auch darauf hingewiesen werden, daß diese Demokratisierungsbemühungen erstens teuer sind, zweitens zu zeitlichen Verzögerungen und zu einem hohen Verschleiß an personeller Arbeit führen. Sie können außerdem zu Frustrationserlebnissen nicht unerheblicher Art führen. Denn was ich von den Bürgerinitiativen sagte, daß sie näm-

lich keinen Anspruch auf eine ihnen gemäße Entscheidung haben, gilt generell auch für andere Bereiche. Offensichtlich ist es aber besonders schwierig, deutlich zu machen, daß Mitbestimmung nicht notwendigerweise heißen muß, daß jeder bekommt, was er unbedingt will. Macht er dann aber diese Erfahrung, führt sie vielfach zum Rückzug aus der Mitbestimmung und zu der Feststellung, es habe ja doch alles keinen Sinn; denn „die da oben“ machten ja doch letztlich, was sie wollen, was gelegentlich auch so ist. Ich will das gar nicht bestreiten. Ich fürchte, daß noch ein langer Lernprozeß im Gange oder in Gang zu setzen ist. Ich jedenfalls sehe nicht, daß wir ihn schon durchlaufen hätten.

Und schließlich können die vielfachen Demokratisierungsbemühungen dazu beitragen, einen Trend zu verstärken, der ganz zweifellos feststellbar ist und den ich folgendermaßen beschreiben möchte: Es gibt eine Neigung zu ständestaatlicher Mitbestimmung, und es gibt weiter eine Neigung, Demokratie mehr und mehr zur „Bewilligungs“- , zur „Gefälligkeitsdemokratie“ umzufunktionieren. Beides kann nicht gut sein.

Ich will Ihnen zu dem ersten Bereich, zur ständestaatlichen Mitbestimmung, ein Beispiel nennen. An den Hamburger Elektrizitätswerken ist der Staat zu 75 Prozent beteiligt. Andererseits ist die Mitbestimmung so ausgerichtet, daß der Hamburger Senat in dem Aufsichtsrat des Unternehmens nicht über die Mehrheit verfügt. Über die Mehrheit verfügen die Bankenvertreter, die die 25 Prozent nichtstaatlichen Kapitals vertreten, und die Arbeitnehmervertreter. Das bedeutet in der Praxis: Beide setzen sich regelmäßig gegenüber dem Senat durch, wenn es darum geht, die Tarife zu erhöhen. Beide sind nämlich daran interessiert, daß es eine hohe Dividende gibt, weil beide davon profitieren; die Kapitaleigner ohnehin, aber auch die Arbeitnehmervertreter, weil sie erstens zu einem erheblichen Teil Belegschaftsaktien besitzen und weil — zweitens — ihre Zusatzentlohnungen, das 14. Monatsgehalt, gekoppelt sind mit der Dividende, so vereinbart zwischen Gewerkschaften und der Unternehmensleitung! Hier zeigt sich also, daß eine solche Mitbestimmungsregelung zu Ergebnissen führen kann, die weder im Interesse der Verbraucher, der Benutzer, noch der sonstigen Bevölkerung sein können.

Ähnliche Erfahrungen gibt es bei staatlichen Wohnungsbauunternehmen. Auch dort be-

steht eine Neigung bei den Mitarbeitern — was legitim ist —, relativ viel für sich selbst herauszuholen. Daß sich diese Praxis allerdings dann mit Pfennigen oder Markbeträgen auf die Miete niederschlägt, wird dabei unberücksichtigt gelassen oder nicht erkannt. Das interessiert dann erst in zweiter Linie.

Ein letztes Beispiel: Im Personalvertretungsbereich gibt es infolge der starken Stellung der Personalräte eine starke Neigung, öffentliche Ausschreibungen zu unterlaufen, weil die Tendenz zu Hausberufungen zu stark entwickelt ist und daraufhin auch entsprechend häufig praktiziert wird. Ein Spötter hat einmal empfohlen, wir sollten doch die Ausschreibungen gleich danach formulieren. Wir sollten angeben, was geboten, verlangt und erwartet wird und gleich darunterschreiben, daß der „sehr qualifizierte bisherige Stellvertreter sich natürlich auch bewerbe“; so etwas „vereinfache“ das Auswahlverfahren und führe zu einer „besseren Regierbarkeit“. Dies klingt überzogen, ist aber symptomatisch und bestätigt, daß Demokratisierung, wenn sie nicht durchdacht ist oder unvernünftig praktiziert wird, Konsequenzen haben kann, die diejenigen, die von Demokratisierung reden, so nicht gewollt haben können.

Lassen Sie mich nun etwas sagen zum Zustand der Städte. Dieser Zustand ist unterschiedlich gut oder schlecht und stellt die Regierenden in den Städten vor unterschiedlich große und schwer zu lösende Probleme. Ich möchte zunächst von dem städtebaulichen Zustand ausgehen. Dieser städtebauliche Zustand ist natürlich von Stadt zu Stadt verschieden. Aber es gibt doch Parallelen. So gibt es in allen Städten große Neubauviertel und Altbauviertel unterschiedlicher Qualität. Dabei zeigt sich, daß wir 20 Jahre lang unsere ganze politische und finanzielle Kraft eingesetzt haben, um Neubau zu betreiben. Wir haben dabei Fortschritte gemacht und erreicht, daß der Neubau heute einen relativ hohen Standard hat. Wir haben dagegen nur relativ wenig Geld und Geist investiert, um die alten Stadtviertel in Ordnung zu halten oder wieder in Ordnung zu bringen. Wir haben auf diese Weise die Menschen untergebracht, aber wir haben dadurch — auch die Verkehrsentwicklung spielt hier eine Rolle — die Attraktivität städtischen Wohnens nicht unbedingt erhöht. Das hat sicher beigetragen zu dem Bevölkerungsproblem, das alle großen Städte heute quält. Sie wissen: Die Bevölkerung in Städten mit mehr als 300 000 Einwoh-

nern nimmt überall ab. Dabei sind die Gründe, die zu dieser Bevölkerungsabnahme führen, natürlich in den jeweiligen Städten unterschiedlich zu bewerten.

Zwei wesentliche Faktoren gelten aber allgemein: Zum einen nimmt die Geburtenzahl ab — das ist eine allgemeine Entwicklung —, zum anderen haben die großen Städte mit dem Problem der Umlandwanderung zu kämpfen. Die Bevölkerung der Städte bewegt sich zunehmend mehr über die Grenzen der Städte hinaus und siedelt sich in der Regel im unmittelbaren Nachbargebiet der großen Städte an, was dazu führt, daß die Ausdehnung, der „städtische Brei“, ständig größer wird. Man kann das in und um Hamburg beobachten, wo sich jedes Jahr ein mehr oder weniger dicker „Jahresring“ um die Stadt legt. Das gleiche Phänomen zeigt sich bei anderen Städten, so in Frankfurt, wo diese Entwicklung noch deutlicher und schlimmer verläuft. Diese Bevölkerungsentwicklung, die Wanderung von der Stadt nach draußen, und als Folge davon die innerstädtische Bevölkerungswanderung, führt in Verbindung mit dem städtebaulichen Zustand der Städte und Stadtviertel zu Entwicklungen, die uns allerdings große Sorge machen müssen. Zum einen haben wir heute schon in den großen Städten „tote“, am Abend leere Citys. Die City in Hamburg ist nach 20 Uhr leer. Zum anderen beobachten wir, daß sich die Bevölkerung jetzt auch aus den um die City herum gelagerten Wohngebieten auf Dauer herausbewegt. Dies gilt insbesondere für die jüngere, mobile und leistungsfähige Bevölkerung. In die inneren Stadtteile ziehen umgekehrt mehr und mehr sozial schwächere Bevölkerungsschichten. Ein Indiz für den Stand dieser Entwicklung — aber ich sage ausdrücklich nur „ein Indiz“, ohne Bewertung — ist in der Regel das, was die Planer „Ausländerbesatz“ nennen. Dieser ist so weit fortgeschritten, daß man in einzelnen Stadtteilen der inneren Städte von wirklichen sozialen Erosionsprozessen sprechen muß. Das Bevölkerungsniveau sinkt immer weiter ab, als weitere Folge nimmt auch die Bereitschaft, sich um den Zustand dieser Stadtteile und der dort befindlichen Häuser zu kümmern, mehr ab. Der städtebauliche Zustand verschlechtert sich zunehmend mit der Gefahr, daß diese Stadtteile irgendwann ganz zerfallen und umgewidmet werden zu Bürostädten; Teile bleiben sogar ungenutzt, entleeren sich, wie wir es heute schon in einigen Städten der Vereinigten Staaten beobachten können.

Es muß also unbedingt etwas getan werden, um diese Bevölkerungsentwicklung zu stoppen. Ich werde noch erklären, wie diese Steuerung meines Erachtens aussehen muß. Hinweisen will ich in diesem Zusammenhang aber noch darauf, daß das Problem nicht in den Griff zu bekommen ist — weder das des städtebaulichen Zustandes noch das der Bevölkerungsentwicklung —, wenn man nicht die Frage beantwortet, wie man es in der Bundesrepublik und in den Städten mit den ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien zu halten gedenkt. Dabei denke ich weniger an abstrakte Regelungsmodelle, Rotations- oder Integrationsmodelle, sondern vielmehr an praktische Lösungen für die, die bleiben wollen und die wissen wollen, ob sie bleiben dürfen, wenn ja, zu welchen Bedingungen. Es scheint mir, daß die Frage bis heute nicht beantwortet ist, nirgendwo. Und wenn überhaupt eine Antwort gegeben wird, dann ist sie nahezu ausschließlich ökonomisch motiviert und völlig frei von Erwägungen, die der Entwicklung der Stadt allgemein dienen.

Ein weiterer Punkt für unser Thema ist die wirtschaftliche Lage der Städte, und ich meine die „wirtschaftliche“, nicht „finanzielle“ Lage. Die wirtschaftliche Lage Hamburgs ist zunächst anders als sie sich Ihnen möglicherweise darstellt, nämlich relativ gut im Vergleich zu anderen Städten. Aber sie ist nicht absolut betrachtet gut. Wir sind zwar immer noch neben Berlin die größte Industriestadt und neben Frankfurt und Düsseldorf das größte Dienstleistungszentrum der Bundesrepublik, aber die ökonomische Struktur der Stadt ist nicht gesund. Etwa 65 Prozent aller Arbeitnehmer sind im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Die Zahl der im produzierenden Bereich Tätigen nimmt immer mehr ab. Dies gilt für Hamburg, gilt aber auch für das Umland.

Diese Struktur — Hamburg als Dienstleistungszentrum — wird uns in der Zukunft vor besondere Schwierigkeiten stellen. Wir haben schon im produzierenden Bereich erlebt, daß in der Vergangenheit die Zahl der Arbeitsplätze permanent zurückgegangen ist, infolge von Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen. Im Dienstleistungsbereich hat sich dieser Prozeß noch nicht vollzogen; er läuft jedoch jetzt an. Und das heißt, daß in den nächsten Jahren — tendenziell voraussehbar — die Zahl der Arbeitsplätze in den großen Städten, die Dienstleistungszentren sind, zurückgehen wird. Gleichzeitig erleben

wir aber, daß trotz abnehmender Bevölkerung die Zahl der Arbeitnehmer nicht abnimmt, sondern mindestens relativ, bei uns sogar absolut, zunimmt. Dies hat einmal etwas mit der Tatsache zu tun, daß die im Umland Wohnenden als Arbeitnehmer ja nicht verlorengelassen, sie pendeln ein; zum anderen spielt die besondere Altersstruktur der Bevölkerung der Bundesrepublik eine erhebliche Rolle. Die starken Schülerjahrgänge, die uns bereits in den Schulen vor Probleme gestellt haben, wachsen nunmehr aus der Schule heraus und ins Erwerbsleben hinein und suchen einen Arbeitsplatz. Ich meine dies wörtlich: Sie suchen einen Arbeits-Platz und erst in zweiter Linie einen Ausbildungs-Platz. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit — die als Indiz für den Stand dieser Problematik gewertet werden kann — ist jedenfalls in der Tat ein Problem von Arbeitslosigkeit, weil von den Jugendlichen, die heute arbeitslos sind, nur etwa 10 bis 15 Prozent einen Ausbildungs-Platz suchen. Die anderen wollen einen „Job“.

Hier zeigen sich also zwei gegenläufige Tendenzen: Die Zahl der Arbeitsplätze wird abnehmen, die Zahl der potentiellen Arbeitnehmer zunehmen. Dieses Problem beschäftigt uns in Hamburg außerordentlich stark, weil nach unseren Analysen die Arbeitsplatzlücke, die sich etwa zu Beginn der achtziger Jahre einstellen und fortlaufend vergrößern wird, bei optimistischer bzw. pessimistischer Schätzung zwischen 50 000 und 120 000 fehlenden Arbeitsplätzen liegen wird. Bei einer Gesamtzahl von zur Zeit etwa 950 000 Arbeitsplätzen in Hamburg ist dies schon eine Größenordnung von erheblicher Bedeutung. Das Problem, das ich damit deutlich machen möchte, ist: Wenn die Entwicklung so weiterläuft wie bisher und wenn nicht etwas getan wird — besonders in den großen Städten —, wird zu Beginn der achtziger Jahre eine erhebliche, nicht konjunkturelle, sondern strukturelle bedingte Arbeitslosigkeit auf uns zukommen.

Dies zum Thema Wirtschaft. Ein weiteres, das Thema „Finanzen“, ist sicherlich genauso bedeutend. Wegen der Sparproblematik ist gerade dieses Thema in Hamburg intensiv erörtert worden. Dieses möchte ich nun nicht in diesem Rahmen wiederholen. Ich möchte Ihnen jedoch eine Illusion nehmen: Wir sind in Hamburg zwar die ersten gewesen, die ein Sparprogramm beschlossen und auch durchgesetzt haben, aber niemand soll glauben, daß die Notwendigkeit zu sparen ein für Hamburg singulärer Vorgang wäre. Hamburg ist noch immer eine vergleichsweise reiche Stadt und

ein vergleichsweise wohlhabendes Bundesland, was sich bei den Abgaben im horizontalen Länderfinanzausgleich für uns schmerzlicher Weise immer wieder ausdrückt. Anderen Ländern geht es erheblich schlechter. Länder wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein, das Saarland, aber möglicherweise auch Bremen, befinden sich in einem finanziell weitaus schlechteren Zustand. Dort ist absehbar, daß bald „nichts mehr geht“.

Für uns alle aber gilt: Wir haben uns festgefahren bzw. übernommen. Denn sicher sind unsere finanziellen Schwierigkeiten auch die Folge einer „Bewilligungsdemokratie“, die wir allzu lange praktiziert haben, weil es halt so schön war in der Vergangenheit, immer mehr nach dem Staat zu rufen, insbesondere nach den Dienstleistungen des Staates, was man ja auch alles machen konnte, so lange die Geschäftsgrundlage wirtschaftlichen Wachstums gegeben war. Aber in dem Augenblick, wo diese Geschäftsgrundlage entfällt, wird die Sache kritisch. Plötzlich erleben alle öffentlichen Hände, daß sie mehr ausgeben, laufend mehr ausgeben, als sie laufend einnehmen. Und das heißt, sie müßten eigentlich Kredite aufnehmen, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren, was aber die Landeshaushaltsordnungen, die Landesverfassungen und auch die Bundesverfassung glücklicherweise verbieten. Und wenn man an diesem Status ist, dann kann man nur über zweierlei Dinge nachdenken, entweder darüber, wie man die laufenden Einnahmen erhöht über Steuern und Gebühren — das haben wir in Hamburg gemacht, bis hin zu einer Grenze, wo es gerade noch erträglich ist —, oder man muß die laufenden Ausgaben reduzieren. Und wenn man das tun muß, dann hilft es gar nichts, dann muß man in den Personalhaushalt eingreifen, und zwar kräftig, in den Haushalt der laufenden Sachausgaben, und auch das kräftig, und man muß leider auch in den Investitionsetat hineingehen, dies nicht so sehr aus finanziellen Gründen, es sei denn, es geht um die Zinsen und Tilgungsleistungen, die uns auch laufend mehr belasten, als vielmehr aus Gründen der Durchsetzung. Man wird den Personalhaushalt nicht reduzieren können, wenn man nicht gleichzeitig signalisiert, man spare auch in anderen Bereichen ganz erheblich. Im übrigen ist das auch bei den Investitionen sogar sinnvoll, wenn man nämlich bedenkt, daß jede Schule nicht teuer ist, weil sie einmal, sondern weil sie laufend Geld kostet. Investitionen produzieren regelmäßig wiederum laufende Ausga-

ben. Wir hatten in der mittelfristigen Finanzplanung ein ungedecktes rechnerisches Defizit von rund 2 Milliarden DM bei einem Gesamtvolumen von 40 Milliarden DM — dies nur, um die Relationen klarzumachen —, aber wir hätten ohne Sparmaßnahmen, allein im Jahre 1976, bei dem Haushalt, den wir jetzt beschließen werden, ein Jahresdefizit von etwa 1,3 Milliarden DM gehabt bei einem Etat von nicht ganz 9 Milliarden DM, hätten wir nicht drastisch hineingeschnitten in die Ausgaben-seite. Und das, was wir in Hamburg bei den Ausgaben gemacht haben — dies prophezeie ich Ihnen —, das werden alle anderen in gleicher Weise machen müssen, und das wird für niemanden besonders erfreulich sein. Wenn ich es recht verfolgt habe, sind die Berliner schon dabei, die Hessen ebenso wie die Schleswig-Holsteiner; sogar die bayerische Staatsregierung hat — wie andere auch — inzwischen das Sparprogramm des Hamburger Senats angefordert, um zu sehen, ob daraus Honig zu saugen ist.

Lassen Sie mich jetzt über Maßnahmen reden, die ergriffen werden müssen, wenn man die Städte regierbar machen und erhalten will. Es gibt solche Maßnahmen — wenn ich anderer Auffassung wäre, wäre ich sicherlich nicht Bürgermeister.

Zum Thema Demokratisierung: Ich glaube, es wird in Zukunft darauf ankommen, auch bei diesem Thema den Umschlag von den Quantitäten zu den Qualitäten zu vollziehen, das heißt, es kann nicht mehr Ziel sein, rechnerische und mechanistische Organisations-Mitbestimmungsregelungen zu beschließen. Dies haben wir leider zu oft getan. In Zukunft werden wir die Zeitabläufe und den Umfang solcher Demokratisierungsgesetze sorgfältiger bedenken müssen. Dabei dürfen wir den Gesichtspunkt der Ökonomie und der Effektivität nicht ganz außer acht lassen.

Diese Aussage bedarf sicher für einzelne Bereiche der Detaillierung. Ich will aber nur ein Beispiel nennen. Ich bin sicher, daß wir im Universitätsbereich unser Mitbestimmungsmodell nicht aufgeben werden. Wir werden aber sehr wohl die Frage prüfen, ob wir nicht zu viele und zu große Gremien mit zu unklaren Kompetenzen haben. Eine Präzisierung und Straffung würde hier nach den Recherchen, die wir angestellt haben, eine wesentliche Verbesserung bringen unter dem Gesichtspunkt der Demokratisierung und dem der Effektivität.

Ein zweites Problem: Mir scheint, daß wir in den Städten, wie andernorts, wo demokratisch regiert wird, unter der Tatsache leiden, daß es uns bisher nicht gelungen ist, dem Gedanken der Demokratie über das Organisatorische hinaus, ein Ethos zu unterlegen. Demokratie wird als angenehme Staatsform angesehen, weil man sich in ihr frei und weitgehend unkontrolliert bewegen kann. Warum man aber solche demokratischen Organisationsregeln hat, was dahinter steht, die Motivation der Demokratie, und was verloren geht, wenn die demokratischen Regeln unterlaufen und außer Kraft gesetzt werden, das ist im Bewußtsein der Bevölkerung häufig nicht vorhanden. Ich bin sicher, daß dieser Mangel eine wesentliche Ursache dafür ist, daß Demokratie sich vielfach zur Gefälligkeitsdemokratie entwickelt hat, daß der Staat — wie Professor Herbert Weichmann gesagt hat — zum Selbstbedienungsladen geworden ist, in dem sich jeder frei und für ihn kostengünstig bedienen kann

Und schließlich glaube ich, daß wir uns um das Problem der Qualifikation von Politikern kümmern müssen und dabei verstärkt auch um innerparteiliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse. Die Auswahlmechanismen von Politikern in den Parteien sind nicht schlecht und nicht zu verurteilen. Ich bin auch sehr dezidiert der Auffassung, daß das Durchsetzungsvermögen eines Politikers ein Qualifikationsmerkmal ist. Sich in einer Partei durchsetzen zu müssen und zu können, das qualifiziert durchaus. Aber wir müssen doch auch Möglichkeiten finden, der vorhandenen Neigung zum Opportunismus, der weitverbreiteten Neigung zum Opportunismus, entgegenzuwirken, wofür ich allerdings nur ein Rezept habe, daß es nämlich Leute gibt, die eben dies tun: dem Opportunismus entgegenwirken. Solche Politiker brauchen wir. Jedenfalls darf sich nicht weiter vollziehen, was zur Zeit häufig geschieht, daß Kandidaten, weil sie Kandidaten sind oder werden wollen, mehr oder weniger gedankenlos nachvollziehen, was die sogenannte Basis beschließt. Es gehört auch zur Qualifikation eines Politikers, daß er gelegentlich auch seiner Basis gegenüber nein sagt, daß er, solange er die Entscheidungskompetenz hat, entscheidet nach seiner Überzeugung und nicht als Inspektor einer Basis.

Zum Thema Stadtentwicklung: Wir müssen uns konzentrieren auf drei Bereiche: wohnen, arbeiten und leben. Wenn es um das Wohnen geht, so glaube ich, wird im Vordergrund al-

ler Bemühungen der Stadtpolitik das Thema Stadterneuerung stehen, wobei ich unter Stadterneuerung mehr verstehe als Instandsetzung, Modernisierung, Sanierung oder Neubau. Ich beziehe, wenn ich von Stadterneuerung spreche, das Wohnumfeld mit ein; und wenn ich von Wohnumfeld spreche, so gehört dazu sehr viel mehr als der Grünstreifen vor dem Haus. Gemeint ist der Zustand, das Milieu eines Stadtteils, der Stadtteile im Verhältnis zueinander; kulturelle Einrichtungen gehören dazu, Kindergärten, Parks, Läden, Schulen, und — um auch dies zu nennen — Kneipen. So — das heißt, umfassend und detailliert — muß Stadtentwicklungspolitik in Zukunft betrieben werden. Und das heißt weiter: Es darf nicht mehr Stadtentwicklungspolitik, sondern muß Stadtteilentwicklungspolitik sein. Denn jeder Stadtteil hat unterschiedliche Probleme, und man löst die Probleme nur, wenn man die stadtteilspezifischen Störfaktoren herausfindet und dafür Lösungen anbietet. Es kann durchaus sein, daß in einem Stadtteil die Wohnungen im Schnitt in Ordnung sind, daß trotzdem die Bevölkerung fortzieht, weil zum Beispiel der starke Verkehrslärm sie stört, oder weil andere Einrichtungen, für die ein Bedarf besteht, fehlen, oder weil der Stadtteil — wie man sagt — keine Identität besitzt. Also muß man sehr ins Detail gehend untersuchen und ansetzen, um die Stadt insgesamt zu entwickeln. Jedenfalls ist das die Konsequenz, die wir in Hamburg gezogen haben. Wir planen und handeln unter dem Gesichtspunkt der Stadtteilentwicklungspolitik. Unsere gesamten Planungen zielen im Augenblick darauf hin, noch in dieser Legislaturperiode die Planungen für mindestens vier Stadtteile so weit zu treiben, daß wir beispielhaft schon beginnen können, um den Leuten zu zeigen, wie wir uns Stadtentwicklungspolitik in Zukunft vorstellen. Wir sind — so das Fazit — abgegangen von den großen Konzepten und übergegangen zu den kleinen Konzepten, die insgesamt in der Zusammenfassung dann doch, wie wir glauben, das richtige Konzept darstellen. Wir sind keine Anhänger der Theorie, daß man Wohngebiete und Arbeitsgebiete säuberlich trennen muß, glauben vielmehr, daß eine vernünftige Funktionenmischung in einer Stadt nötig ist. Die Menschen müssen nicht nur angenehm wohnen können, sondern in guter und naher Verbindung zu ihrer Wohnung auch arbeiten und gut verdienen können. Wir haben deshalb nicht das Bestreben, alle störenden gewerblichen Betriebe blindlings aus der Stadt herauszutreiben. Wir

können uns dies unter Arbeitsplatzgesichtspunkten auch gar nicht leisten. Im Gegenteil, wir fördern die Ansiedlung von Gewerbebetrieben durch Bereitstellung von Gewerbeflächen, und wir behaupten der Bevölkerung gegenüber nicht, daß wir die Lebensverhältnisse in Hamburg so gestalten könnten wie in Tutzing. In einer Stadt leben, ist etwas anderes, als auf dem Dorf leben.

Allerdings muß man, wenn man so argumentiert und handelt, dem Gesichtspunkt des Umwelt- und Milieuschutzes eine erhebliche Bedeutung einräumen; aber wiederum nicht so rigoros, daß man den anderen Bereich, die Wirtschaft, dabei stranguliert. Wenn ich in diesem Zusammenhang eine Bemerkung machen darf, auch und gerade als Sozialdemokrat: Es ist in der Argumentation vieler Städteplaner ein gewisses Maß an Unehrllichkeit zu registrieren. Man schimpft über die Wirtschaft, die Lärm verursacht, was ja auch nicht schön ist. Man muß aber hinzufügen, daß es die Städteplaner gewesen sind, die Wohnungen immer näher an die Gewerbebetriebe herangebaut haben, bis der Lärm schließlich unerträglich wurde. Und dann haben sie gesagt: Die Betriebe sind's, die stören. Das ist eine städteplanerische Sünde der Vergangenheit, unter der die Bevölkerung heute zu leiden hat. Dieses Leiden muß verringert werden. Nur ist dies kein Punkt, den man der Industrie und der Wirtschaft „unterjubeln“ kann; die Lärmbelästigung der Bevölkerung ist häufig eine Folge des Versagens der Politik und nicht etwa der mangelnden Bereitschaft der Wirtschaft, Umweltschutzmaßnahmen zu tragen oder zu ertragen. Die Wirtschaft — das ist unsere Erfahrung — ist in der Regel — nicht immer — schon aus eigenem Interesse bereit, vernünftige Umweltschutzmaßnahmen zu ergreifen. Im übrigen gibt es heute schon eine Umweltschutzindustrie, einen Wirtschaftsbereich, der zudem exzellent floriert.

Ich habe vorhin über Arbeitsplätze und die vorhersehbare Arbeitsplatzlücke gesprochen. Ich würde diesen Bereich gerne noch einmal aufgreifen, weil er, wie ich glaube, als ein Kernproblem für alle großen Städte erkennbar wird. Um es in einer These zu sagen: Wir werden das Problem der Arbeitsplatzlücke, wenn wir so weiterverfahren wie bisher, nicht lösen können. Wir werden es nicht lösen können, wenn wir die Mehrung von Lebensstandard weiterhin mißverstehen als Mehrung von ausschließlich monetären Mitteln. Wenn es richtig ist, daß es ein Recht auf

Arbeit gibt, muß unser Ziel sein, möglichst allen, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zu geben. Da aber die Produktivität pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung permanent zunimmt, wird man die Arbeit, die geleistet werden muß, die nötig ist, um den Lebensstandard zu halten und zu heben, auf immer mehr Leute verteilen müssen, was aber nicht geht, wenn man bei der Mehrung der monetären Mittel bei jedem einzelnen nach bisheriger Übung bleibt. — Will sagen: In Zukunft wird die Mehrung von Lebensstandard sich ausdrücken müssen in einer Veränderung des Zeitbudgets. Erhöhung des Lebensstandards kann auch heißen, daß nicht mehr 40 Stunden, sondern nur noch 35 Stunden gearbeitet wird, ohne vollen Lohn- und Gehaltsausgleich allerdings.

Ich weiß, daß dies eine Aussage ist, bei der insbesondere die Gewerkschaften protestieren werden. Ich sage Ihnen aber, daß anders das Problem nicht zu lösen ist. Wir müssen erkennen, daß wir uns auf dem Wege hin zu einer Freizeitgesellschaft befinden, und müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Wir müssen sie auch ziehen, weil wir anders aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Dienstleistungsbedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen.

Nehmen Sie ein Beispiel: Wir sind gegenwärtig und wir werden auch auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, alle Lehrer, die ausgebildet werden, einzustellen. Wir werden schon in drei Jahren in der Bundesrepublik etwa 20 000 beschäftigungslose Lehrer haben. Ich will über die politische Problematik, die darin liegt, gar nicht diskutieren. Mich interessiert hier das bildungspolitische Problem; denn ich muß zugeben, daß ich die beschäftigungslosen Lehrer eigentlich gut gebrauchen könnte. Die Klassenfrequenzen sind unterschiedlich, aber immer noch in der Regel zu hoch, und es fallen zu viele Stunden aus. Ich kann diese Lehrer aber nicht bezahlen, und ich kann sie auch nicht durch noch so kluge Umschichtungstricks innerhalb der Haushalte bezahlen. Es geht nicht. Sie können es mir glauben, wir haben intensiv geprüft, ob es machbar ist. Ich könnte aber mehr einstellen, wenn ich die Arbeitszeit für Lehrer reduzieren könnte und wenn es in den nächsten drei Jahren keine Gehaltssteigerungen gäbe. Dann gewänne ich nämlich Mittel, und diese Mittel kann ich einsetzen, um zusätzliche Lehrkräfte, und sei es auf Teilzeitbasis, zu beschäftigen. Und was ich bei Lehrern eigentlich tun müßte, weil es vernünftig wäre, muß ich in allen

anderen Bereichen in unterschiedlichen zeitlichen Abständen und Schritten und wohl朵oriert auch tun. Ich fürchte, es gibt überhaupt gar keine andere Möglichkeit, um das Problem zu lösen.

Damit reiße ich dann allerdings ein Thema an, über das viel diskutiert wird, das aber politisch überhaupt noch nicht aufgearbeitet worden ist. Die Frage lautet: Was machen wir mit unserer freien Zeit? Sicher wird gelegentlich die Frage der sinnvollen Freizeitnutzung diskutiert. Insbesondere Verbände, wie Kirchen zum Beispiel, tun dies; aber politische Konsequenzen werden aus solchen Diskussionen in der Regel nicht gezogen.

Man ist sich noch nicht einmal darüber im klaren, was politisch denn freie Zeit bedeuten könnte, ob sich damit eine Chance zur Selbstverwirklichung bietet, die Chance zu sozialer Hygiene; ob freie Zeit eine Zeit zum schlichten physischen und psychischen Relaxen sein soll. Es gibt keine politischen Zielvorstellungen, es gibt allenfalls Politikbereiche, die sich um Einrichtungen kümmern, die man in der Freizeit nutzen könnte, unterstellt, man will sie nutzen. Denken Sie an vielfältige Bemühungen, Naherholungsgebiete zu erschließen. Da geschieht in der Tat einiges, aber dies alles hat keine Linie, weil das Thema Freizeit als Problem, als Problem insbesondere der großen Städte überhaupt noch nicht erkannt worden ist. Man sollte vielleicht die Frage stellen, was wir bisher nicht getan haben, was aber getan werden müßte, um hier zu helfen.

Das erste wäre wohl dies: Wir müssen die Konsumentenmentalität zu durchbrechen versuchen; wir müssen es darauf anlegen, die Eigeninitiative der Menschen zu entwickeln. Ich will, wenn ich das sage, nicht unbedingt Freizeitbeschäftigungsvorstellungen östlichen Musters das Wort reden. Aber manches, was dort geschieht, ist nicht ganz und gar falsch; dort wird nur die andere Seite der Freizeitgestaltung, das schlichte Nichtstun, außer acht gelassen. Ich halte es aber für ganz unvermeidlich, daß die Eigeninitiative staatlich initiiert wird, wobei ich mir nicht vorstelle, irgendwelche administrativen Drucksysteme zu entwickeln. Ich denke aber an Ermunterungssysteme verschiedener Art.

Welche Möglichkeiten gibt es? Die beste Möglichkeit besteht doch immer darin, den Menschen Gemeinschaftserlebnisse zu vermitteln. Dazu gibt es Ansätze. Die Ansätze zeigen sich bei Stadtteil-Festen und ähnlichen

Vergnügungen, bei der „Inbesitznahme“ zum Beispiel der Köhlbrandbrücke in Hamburg oder des Tunnels oder bei der Begrüßung der Schiffe, die acht Jahre lang im Bittersee gelegen haben. Und ich füge hinzu: Den wesentlichen Ansatzpunkt, den wir überhaupt fördern können, bieten die Vereine mit ihrer vielbelächelten Vereinsmeierei. Es gibt nach aller Erfahrung keine bessere Möglichkeit für Menschen, sich mit anderen zu treffen, sich in der Gemeinschaft zu identifizieren, sich wohlzufühlen und etwas zu tun, als eben die in einem Verein. In welchem Kreise, ist mir dabei völlig „schnuppe“, wenn sie sich nur überhaupt in einem Verein betätigen. Wir fördern deshalb in Hamburg die Vereine und unterstützen auch finanziell die ehrenamtliche Vereinstätigkeit — insbesondere die sportlicher oder kultureller Art — mit staatlichen Mitteln, und zwar in nicht unerheblicher Größenordnung. Dafür sprechen ganz handfeste Gründe. Wir haben einmal versucht, eine Relation herzustellen zwischen der Mitgliedschaft in Sportvereinen und Jugenddelinquenz und haben, ohne daß ich den Aussagewert überstrapazieren will, immerhin festgestellt, daß der Prozentsatz jugendlicher Straftäter, der gleichzeitig in Sportvereinen tätig ist, um ein Vielfaches unter dem „normalen“ Prozentsatz liegt. Man muß — ich weiß das — solche Feststellungen interpretieren. Immerhin ist dies ein interessanter Fingerzeig, dem man weiter nachgehen muß. Bei uns geschieht das. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß die Vereine gute Arbeit leisten, und fördern sie im Rahmen unserer Möglichkeiten. Vom Sportverein bis hin zu den Kleingärtnern, die in Hamburg mit besonderer Intensität gepflegt werden.

Eine weitere Möglichkeit: Es kommt darauf an, in einer Stadt, in den Stadtteilen und in unmittelbarer Wohnungsnähe Treffpunkte zu schaffen, wo sich Menschen begegnen. Das fängt an im Wohnblock, im Wohnhaus, wo die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen gefördert werden muß. Ich denke dabei an Gemeinschaftsräume, in denen man sich handelnd beschäftigen kann: an Tischtennisräume, meinerwegen an die Sauna und, wenn viel Geld vorhanden ist, an das Schwimmbad. Solche Räume sind für die Nutzung der Freizeit wichtiger als Räume, in denen ein paar Stühle stehen, Tische, vielleicht ein Fernsehgerät: Räume also, in denen man sich zwar zusammensetzt, dabei aber doch bedauert, daß man nicht in seiner Wohnung sitzt, weil dort die Stühle bequemer sind und das Fern-

sehbild ungestört ist. Aktivitätsgemeinschaftsräume müssen eingerichtet werden, und der Staat muß auch dies fördern, und er muß mindestens die staatlich beeinflussten gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen verstärkt anhalten, solche Einrichtungen von vornherein einzuplanen und einzubauen und umzulegen auf die Mieten, damit sie finanziert werden können. Darüber hinaus müssen Treffpunkte, Versammlungsräume geschaffen werden, zum Beispiel Häuser der Jugend, „Hamburg-Häuser“, „Frankfurt-Häuser“, „München-Häuser“. Wir haben solche Einrichtungen, und sie werden über Erwarten gut genutzt. Wir werden weiter die Idee der Wohnstraße verfolgen müssen, nicht das Konzept der Fußgängerstraße. Die Fußgängerstraße ist eine ökonomische Erfindung, die auch ökonomisch gewirkt hat; damit kann man ein gutes Geschäft machen, besonders mit den Würstchenbuden am Eingang und Ausgang; das sind Goldgruben. Ich meine jedoch wirkliche Wohnstraßen, Straßen, die einbezogen werden in den unmittelbaren Wohnbereich. Diese Straßen müssen eine Art von Gartenersatz und Kommunikationsstätte werden. Das ist das eigentliche Anliegen, und an der Realisierung dieses Anliegens werden wir konkret arbeiten. Ich hoffe, wir werden eine solche Wohnstraße in einem Stadtteil in Hamburg demnächst einrichten. Das würde dann etwas wirklich Neues sein; denn soweit ich weiß, gibt es zwar Spielstraßen, aber bisher noch keine Wohnstraßen in unseren Städten.

Wir müssen weiter bildungspolitische Maßnahmen vorantreiben. Die oft belächelte Volkshochschule hat eine ganz große Bedeutung. Wir erleben gerade im Augenblick, daß der Zulauf zur Volkshochschule in einem Maße ansteigt, wie man es sich überhaupt nicht vorstellen kann. Der Andrang ist größer, als wir erwartet haben, und kaum zu verkraften. Also scheint hier offensichtlich ein Bedürfnis vorzuliegen, das befriedigt werden muß; und möglicherweise ist die Einrichtung Volkshochschule, ausgebaut und in einen Zusammenhang gebracht mit dem tertiären Bereich und mit dem Berufsschulbereich, eine bildungspolitische Reformmaßnahme, die weiterträgt als andere Reformvorhaben, wie zum Beispiel die Gesamthochschule oder auch die Ganztagschule. Ich will das nicht weiter diskutieren, es wird dann ideologisch. Wir müssen aber darüber nachdenken, ob unsere bisherige Konzeption der Ganztagschule vernünftig ist. Ich habe persönlich Zweifel. Die

Ganztagschule kann nach meiner Meinung überhaupt nur funktionieren, wenn die Beschäftigung nicht auf die Schüler beschränkt bleibt. Ich bin ein Jahr in Amerika zur Schule gegangen und kenne das dortige System zwar aus eigener Erfahrung, will mir aber ein Urteil über das amerikanische Bildungssystem nicht erlauben. Doch eine Frage drängt sich mir auf: In welcher deutschen Stadt bewegt sich eigentlich die Familie so zentriert um die Schule herum wie in amerikanischen Städten? Dort sind die Eltern mindestens einmal, wenn nicht zweimal in der Woche zu irgendeiner Aktivität in der Schule. Wo findet das eigentlich bei uns statt? Bei uns findet Unterricht statt, soll möglichst den ganzen Tag stattfinden, damit die Frau den ganzen Tag arbeiten kann, was vielfach nötig ist, vielleicht auch ein Emanzipationserlebnis vermittelt; aber es löst unser Problem nicht. Die Schule muß mehr als bisher als Ganztagschule neuer Art ein Zentrum zumindest für die Familien werden, deren Kinder zur Schule gehen. Auch die Eltern müssen sie mitbenutzen, als Treffpunkt, der Aktivitäten unterschiedlichster Art und Gemeinschaftserlebnisse ermöglicht.

Dies wären einige Punkte, über die wir nachdenken müssen, die zu realisieren — besonders betrifft das den letzten Vorschlag — außerordentlich schwer sind.

Um es zusammenzufassen: Es scheint mir an der Zeit — ich wiederhole es —, dem Freizeitthema eine ganz besondere Bedeutung zuzumessen, besonders in den Städten. Dort müssen Freizeitaktivitäten in unterschiedlicher Weise und sinnvoll aufgebaut werden, damit die Menschen wieder gern in den Städten wohnen. Die Städte müssen attraktiv sein, und sie dürfen nicht nur attraktiv sein dadurch, daß es dort Hochleistungseinrichtungen gibt, sowohl im kulturellen, wie im sportlichen, wie im medizinischen Bereich. Es gibt auch noch ein paar andere Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen. Ich will die Hochleistungseinrichtungen nicht abschaffen oder ersetzen. Sie müssen jedoch komplettiert werden. Wie? Darüber muß nachgedacht, daran muß gearbeitet werden. Dies alles bedeutet sehr viel Detailarbeit, vor der wir uns nicht drücken dürfen.

Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß ich beim Thema Städte ein Thema völlig ausgeklammert habe, nämlich das der „inneren Sicherheit“. Ich habe das getan, weil darüber hier noch gesprochen wird. Ich muß aber darauf hinweisen, daß es natürlich zwischen dem Zu-

stand einer Stadt, zwischen dem städtebaulichen und ökonomischen, dem Freizeitzustand einer Stadt und dem Problem der Kriminalität in dieser Stadt einen Zusammenhang gibt. Dieser Zusammenhang ist vielleicht noch nicht genügend ausgelotet; jedenfalls sind die praktischen Konsequenzen aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, die schon vorliegen, noch nicht gezogen worden. Ganz sicher ist jedoch — und deshalb erwähne ich es mindestens —, daß das Thema der inneren Sicherheit für die Städte von erheblicher Bedeutung ist. Und wenn ich mir eine Wertung erlauben darf, es wird nicht gelöst mit dem Ruf nach schärferen Gesetzen. Die helfen nämlich in den Städten leider überhaupt nichts, wenn ich nicht die Leute habe, die dafür sorgen können, daß die Gesetze auch eingehalten werden. Und deshalb ist das Thema der inneren Sicherheit — es tut mir leid — in erster Linie ein Problem von gut ausgebildeten und in ausreichender Zahl vorhandenen Mitarbeitern bei Polizei, Verfassungsschutz und Justiz. Menschen gewährleisten innere Sicherheit.

Mehr Gesetze helfen in der Regel nicht. Entscheidend ist besonders in den großen Städten die Polizeidichte, die Frage also, wie viele Polizeibeamte auf wie viele Menschen kommen. In Hamburg liegen wir dabei ziemlich gut. Bei uns kommt ein Polizeibeamter auf 230 Einwohner. In Berlin und Bremen ist die Relation noch besser. In anderen Städten und Ländern, die oft und gern nach schärferen Gesetzen rufen, ist sie weit schlechter.

Ich komme zum Schluß: Es gibt in den Städten große, bedrückende stadtentwicklungspolitische, bevölkerungspolitische, wirtschaftliche, finanzielle Probleme, aber diese Probleme sind — unterstellt, man will es, und fürchtet sich nicht vor ihnen und den Wählern — doch zu lösen. Die Städte sind nach meiner Auffassung eben nicht unregierbar, sondern durchaus regierbar, und sie müssen auch regierbar werden. Denn davon bin ich zutiefst überzeugt: Wenn die Städte zerfallen und sterben, dann stirbt die Nation. Deshalb ist der Ruf „Rettet die Städte jetzt!“ eigentlich auszuweiten: Rettet unser Land jetzt!

Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt

Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchener SPD 1968—1974

I.

Die europäische Sozialdemokratie steht vor einer schwierigen Situation: Ihre Parteiorganisationen in den „Metropolen“, den großen, problembeladenen Millionenstädten, laufen den Parteiführungen aus dem Ruder, werden immer unberechenbarer. In London geht es dem Labour-Minister Reginald Prentice, der dem rechten Flügel seiner Partei angehört, nicht anders als Georg Leber in Frankfurt: Beiden wird von der Parteibasis der Wahlkreis streitig gemacht. In Stockholm oder München, in Amsterdam oder Hamburg gibt es vergleichbare Tendenzen, wenn auch in verschiedener Ausprägung. Die sozialdemokratischen Parteien in den großen Ballungszentren reagieren auf den Problemdruck der Gegenwart durch eine scharfe Wendung nach links, manche sagen: ins Irrationale. Da wir trotz des Konformitätsdruckes der Massenmedien immer noch in den modernen Industriegesellschaften aber vor dem Phänomen der „Ungleichzeitigkeit“ (Ernst Bloch) stehen, da also die sozialen Verhältnisse in der „Provinz“¹⁾ anders sind als in den Metropolen, entsteht durch diese Entwicklung regelmäßig ein erbitterter innerparteilicher Kampf, der die Machtchancen der Gesamtpartei empfindlich schmälern kann. Denn selbstverständlich versuchen die Konservativen, die innerparteilichen Konflikte der Sozialdemokratie für sich auszunutzen; sie gründen ihre Strategie auf den eingewurzelten Antikommunismus der erdrückenden Mehrheit der Bürger — und bekommen aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Sozialdemokratie einen sehr brauchbaren Zitatenschatz frei Haus geliefert. Das Ergebnis ist häufig ein deutlich sichtbarer Vertrauensverlust für die Sozialdemokratie in den Millionenstädten, ihren früheren Hochbur-

gen. Bestes Beispiel: München, wo bei der Landtagswahl 1974 alle 11 Wahlkreise von der SPD an die CDU fielen. Dieses Problem — das übrigens keineswegs in allen „großen“ Städten auftritt, beispielsweise nicht in den meisten Arbeiterstädten des Ruhrreviers, wohl aber in einigen „Dienstleistungszentren“ — wird nun oft ideologisch und individualistisch erklärt. Der innerparteiliche Machtkampf — der ohne Zweifel das Vertrauen der Wähler erschüttern muß — wird als vorwiegend oder gar ausschließlich *ideologische* Auseinandersetzung interpretiert. Als Grund für diese ideologische Auseinandersetzung wird das Auftreten einer Person oder einer Personengruppe namhaft gemacht, die die betroffene Parteiorganisation vom richtigen Weg abgebracht habe. Das Ganze wird also als eine Art Ideodrama dargestellt, in dem zwei Weltanschauungen miteinander im Kampf liegen und in dem die eine siegt — ein oft bitteres Ende.

Nun will ich keineswegs bestreiten, daß die inneren Kämpfe der Linken etwas mit „Ideologie“ und „Weltanschauung“ zu tun haben. Und selbstverständlich beruht der Vertrauensverlust, den die Sozialdemokraten in einigen Ballungszentren erleiden, zum Teil auf der Feigheit, dem Opportunismus, der Eitelkeit oder der Unfähigkeit einzelner Personen. Trotzdem behaupte ich, daß eine solche Erklärung nicht ausreicht. Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig in vielen europäischen Millionenstädten die gleichen Tendenzen die reformistischen Parteien erschüttern.

Das — ich nenne es einmal so — individualistisch-intellektualistische Erklärungsmodell setzt (das ist meine feste Überzeugung) die Sozialdemokratie nicht in den Stand, die gefährlichen Entwicklungen in den Millionen-

¹⁾ Vgl. Kursbuch 39.

städten zu bannen. Es suggeriert, daß das Problem erledigt wäre, wenn man nur ein paar Leute oder Gruppen mit „falscher“ Ideologie ausschaltete. Und genau dies ist eine Illusion.

Ich möchte die individualistisch-intellektualistische Erklärung durch eine soziologische und sozial-psychologische ergänzen. Kurz gesagt, ich bin der Auffassung, daß der ideologische Zwist in diesen Großstadtparteien oft nur ein Schlagwerkzeug in einer sozial-psychologisch motivierten Auseinandersetzung ist. Der Zerfall der innerparteilichen Solidarität ist z. T. die Folge einer unbewältigten und tiefgreifenden Veränderung der Mitgliederstruktur. Was sich in den Großstadtparteien abspielt, sind innerparteiliche Kultur- und Klassenkämpfe, in denen Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten mit verschiedenen kulturellen Idealen und verschiedenen „Sprachen“ aufeinandertreffen. Angesichts der drückenden Probleme in den Millionenstädten bleibt den sich rasch wandelnden, neuen Agglomerationen gar nicht die Zeit, zu „Parteien“ im alten Sinn zu werden. Wo eine überdurchschnittlich problembewußte und geschickte Führung fehlt, muß diese Entwicklung negativ verlaufen, zuweilen sogar katastrophisch enden.

Dies ist meine These; sie bezieht sich vorläufig nur auf die sozialdemokratische Partei. Prinzipiell kann das gleiche Problem aber auch liberale oder konservative Parteien betreffen, wenn sie rasch wachsen, sich rasch verändern und neue, bisher abseits stehende soziale Schichten an sich binden. Die FDP hat nach 1969, nach ihrer Umorientierung zur SPD hin, Vergleichbares erlebt. Und auch die CDU, die zwischen 1969 und 1974 von 300 000 auf 500 000 Mitglieder gewachsen ist²⁾, kann ähnliche Probleme bekommen, sobald sie entschiedener über einen mittelständischen Mitgliederstamm (nicht Wählerstamm) hinauswächst. Die Bindewirkung des „C“, des christlichen Elements, läßt nach.

Es geht hier übrigens um Probleme der „Volkspartei“. Die Entscheidung für die

²⁾ Vgl. FAZ vom 17. 7. 1975.

Volkspartei, für die Erweiterung des sozialen Spektrums der Mitglieder- und Wählerschaft hat die Sozialdemokratie zur Regierungsmacht gebracht. Die Erweiterung des sozialen Spektrums der Mitgliedschaft ist aber auch die Ursache für viele aktuelle Schwierigkeiten der SPD, die die Regierungsmacht wiederum bedrohen. Diesen Zusammenhang muß man begreifen, wenn man die Gefahren bannen will³⁾.

Meine These ist nicht durch allgemeine Erwägungen, sondern nur durch empirische Untersuchungen zu belegen. Ich habe mir deshalb eine bestimmte Parteiorganisation, die Münchner SPD, ausgewählt und ihre Mitgliederstruktur und Mitgliederentwicklung analysiert. Dabei kam mir zustatten, daß ich schon 1968 (Stichtag 1. 1. 1968), eine Untersuchung der Münchner Mitgliedschaft (aufgrund einer mühsamen Auszählung mit Hilfe von schlichten Strichlisten) durchgeführt habe⁴⁾. Diesmal kam mir die zentrale Mitgliederkartei der SPD — die es 1968 noch nicht gab — zu Hilfe⁵⁾.

Ich sollte dem Leser dieser Analyse der Münchner SPD meinen politischen Standort nicht verschweigen. Ich teile viele Auffassungen der Mehrheit der Münchner Partei nicht. Ich verspreche mir nichts von der Verstaatlichung von Banken und stehe einer „direkten“ Investitionslenkung skeptisch gegenüber. Ich war neun Jahre Mitglied der Münchner Parteiorganisation; mein Versuch, in München die Unterstützung für eine Bundestagskandidatur zu finden, schlug fehl. Ich versuche, mich trotzdem von „ideologischer Verzerrung“ freizuhalten.

³⁾ Ich habe mich in meinem Buch „Der Weg der Sozialdemokratie. Die historische Aufgabe des Reformismus“, Wien-München 1975, mit diesem Zusammenhang näher auseinandergesetzt.

⁴⁾ Vgl.: Peter Glotz, Die Mitgliedschaft der SPD in München, Jahresbericht der Münchner SPD 1968, S. 138 ff.

⁵⁾ Ich bedanke mich bei Alfred Nau, der eine Sonderauszählung des Bezirks 27 (Stadt München) mit dem Stichtag 10. 9. 1974 für mich durchführen ließ, und ich danke dem Vorstand der Münchner SPD, der mir die Erlaubnis für die Einsicht in die Daten und ihre Veröffentlichung gab.

Der Zustand der Münchner SPD ist problematischer als der anderer Parteiorganisationen in den Ballungszentren der Bundesrepublik. Die Verluste bei der Landtagswahl 1974 betragen 6,5 % gegenüber 2,7 % im Landesdurchschnitt. Die Münchner Partei hat seit 1969 vier Vorstände verbraucht; der „mehrheitssozialdemokratischen“ Mannschaft des langjährigen und verdienten Vorsitzenden Hans Demeter, die zum Schluß allerdings manches Problem vor sich hergeschoben hatte, folgte eine linksliberale, gegenüber der damals überschwappenden politischen Jugendbewegung allerdings eher nachsichtige Vorstandschafft unter Helmut Meyer; diese wurde nach harten Konflikten kommunaler Art während ihrer Amtszeit durch ein konstruktives Mißtrauensvotum durch einen Vorstand unter dem damaligen Münchener Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel abgelöst. Die Form der Ablösung solidarisierte auch viele Links-Liberale mit der Linken; als in den Basiswahlen 1971/72 ein erneuter Umschwung nach „links“ erfolgte, kandidierte Vogel nicht mehr. Neuer Vorsitzender wurde der (heute noch amtierende) Rudolf Schöfberger, der viele Jahre der Landesvorsitzende der bayerischen Jungsozialisten gewesen war. Auch dieser Vorstand erfuhr allerdings durch verschiedene Rücktritte und Affären manche Erschütterung (ein Stellvertreter verließ den Vorstand aus Protest gegen den „Linkskurs“, ein anderer verließ die Partei, um dem Ausschluß wegen „Linksabweichung“ zuvorzukommen).

Der heutige Vorstand hat nach der schweren Niederlage bei der Landtagswahl 1974 auf Druck der gesamten bayerischen Parteiorganisation ein „Einigungspapier“ mit zwei Drittel Mehrheit der Münchner Parteitage delegierten durchgesetzt, in dem bestimmte politische Grundsätze und innerparteiliche Verhaltensformen fixiert sind. Er versucht, die Münchner Partei etwa auf dem reformsozia-

listischen Kurs des linken Flügels der Gesamtpartei zu halten, muß sich dabei jedoch gegen eine kleine, aber militante „rechte“ Gruppe und eine wachsende „linke“ Minderheit behaupten. Da die „rechte“ Gruppierung über eine starke Stellung in der Rathausfraktion verfügt, dürfte der Termin der Neuaufstellung der Stadtratskandidaten für die Kommunalwahl 1978 den Höhepunkt neuer Konflikte markieren. Die Flügel der Münchner Partei beobachten sich argwöhnisch. Die „rechte“ Gruppe verfügt über vorzügliche Kontakte zur Presse, die sich die Münchner Mehrheit — vor allem in den lokalen Teilen der Zeitungen — weitgehend verscherzt hat. Einige Blätter sind natürlich auch politisch gegen die „Münchner Linie“. Die konfliktgeladene Situation führt jedenfalls dazu, daß die gegenseitigen Vorwürfe und Angriffe breit publiziert werden. Ein „Mechanismus der Selbstlähmung“ wird wirksam, der die Münchner Partei vor lauter innerparteilicher Auseinandersetzung schwer zur Vertrauensarbeit gegenüber dem Bürger und zur Kritik des politischen Gegners kommen läßt. Der Bürger kann die langwierigen SPD-Debatten nicht mehr verfolgen oder gar verstehen. Viele Wechselwähler ziehen daher die Konsequenz und wenden sich anderen Parteien zu, weil sie diesem „zerstrittenen Haufen“ kein Vertrauen mehr entgegenbringen oder aber in der Tat die politischen Beschlüsse der Münchner Partei ablehnen⁶⁾.

Die „Kenner“ der „Münchner Verhältnisse“, die von manchen mit dem Begriff „Münchner Krankheit“ bezeichnet werden, werden diese sehr kursorische Darstellung — je nach ihrem Standpunkt — vielfach differenzieren oder korrigieren wollen. Für den weniger informierten Leser stellen sie aber wenigstens in rohen Umrissen den Zusammenhang her, in dem die folgenden Untersuchungen verstanden werden müssen.

III.

München steht, wie es der im Juli 1975 beschlossene Stadtentwicklungsplan in seinem Kapitel I „Bevölkerung“ formuliert, vor einem „tiefgreifenden Umbruch in der Entwicklung der Stadt“⁷⁾. Seit 1972, dem Jahr der Olympiade, die ohne Zweifel durch ihren Arbeitskräftebedarf die „normale“ Entwicklung der

Stadt eine Zeitlang überlagerte, wurde die Periode stürmischen Wachstums durch eine Phase stagnierender Entwicklung abgelöst.

⁶⁾ Vgl.: Münchner Stadtanzeiger, 28. 12. 1973.

⁷⁾ Stadtentwicklungsplan, Kap. 1 Bevölkerung, S. 1—3.

Seit 1972 registriert München Wanderungsverluste statt Wanderungsgewinne. Die Statistiker rechnen mit einem Einwohnerverlust von 200 000 Personen bis 1985, wenn der „Kampf gegen die Abwanderung“, den der Stadtentwicklungsplan proklamiert, nicht erfolgreich ist.

Im „Stadtentwicklungsplan“ heißt es wörtlich:

„Nach langjährigen Wanderungsgewinnen und ständig steigenden Einwohnerzahlen führten tiefgreifende Veränderungen des Wohnungsmarktes, umfassende Störungen des Wohnumfeldes und Mangel an Infrastrukturausstattung zur Verlagerung junger Familien und einkommensstarker Haushalte an den Stadtrand und ins Umland und zur Konzentration von Ausländern und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen in die Innenstadt. Am Stadtrand und in Gebieten mit unausgeschöpftem Baurecht entstanden neue Schwerpunkte der Siedlungstätigkeit und des Bevölkerungswachstums, die den städtischen Investitionshaushalt bei sinkenden Einnahmen weiter belasten. Diese Entwicklungstendenzen sind ein Indikator dafür, daß die Stadt als Lebensraum für viele Bürger unattraktiv geworden ist. Die Folgen dieser Entwicklung stellen uns die amerikanischen Großstädte als abschreckendes Beispiel vor Augen. Der Verfallsprozeß des städtischen Lebensraums ist auch in den Metropolen des europäischen Auslands und in einigen deutschen Großstädten auf einem Punkt angelangt, an dem er kaum noch angehalten werden kann.“

Die Wanderungsbewegung verändert die Stadt — und vergrößert den Problemdruck. Folgende „Tendenzen“ lassen sich aus Auswertungen des Meldewesens in München und ähnlichen Erhebungen ablesen:

— „40 % aller Zuzüge kamen 1973 aus dem Ausland; weitere 16 % waren Ausländer, die aus der Bundesrepublik zuzogen.“

— An den Zuzügen aus Verdichtungsgebieten der Bundesrepublik sind in erster Linie alleinstehende Erwerbspersonen und Ausländer (30 %) beteiligt, an den Zuzügen aus bayerischen Entleerungsgebieten dagegen besonders viel Familien, Jugendliche und Studenten („Bildungswanderer“).

— Bei den Zuzügen überwiegen die Ausländer, die Alleinstehenden und die unteren Ein-

kommenschichten, bei den Wegzügen sind die Deutschen, die Verheirateten, die Familien mit Kindern und die höheren Einkommenschichten relativ stark beteiligt.

— Angehörige der Mittel- und Oberschicht und wachsende Haushalte mit Kindern sind an den Wegzügen ins Umland am stärksten vertreten. Ihr Anteil an den Wegzügen ist bedeutend höher als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung.“⁸⁾

Gleichzeitig zeigt sich, daß München — in weit höherem Maße als andere Großstädte — ein „Ausbildungszentrum“ ist. In München gibt es zwei Universitäten, verschiedene Fachhochschulen und 57 600 Studenten. 68 % der aus München weggezogenen Deutschen waren erwerbstätig, die jüngeren Jahrgänge sind überrepräsentiert; viele Menschen verlassen München also nach erfolgter Berufsausbildung und der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit⁹⁾. Bei den Ausländern wird — vor allem nach der neuen Kindergeldregelung — die Familienzusammenführung wichtiger; die Zahl der zuziehenden ausländischen Kinder und nicht erwerbstätigen Mütter steigt¹⁰⁾.

Die Folgen, die diese Entwicklung für die Stadt hat, verändern ihr politisches Klima, ihre „politische Kultur“. Die Innenstadtrandgebiete beginnen zu veröden; Wohnhäuser müssen, wegen der steigenden Bodenpreise, also des steigenden Profits für den Besitzer, oft „gewerblich genutzten“ Gebäuden weichen. Vor allem große Dienstleistungsbetriebe setzen sich in der Innenstadt fest.

Die Stadt bekämpft diese Tendenz durch „Zweckentfremdungsverbote“; aber der Erfolg ist begrenzt. Teile der CSU wollen das Zweckentfremdungsverbot künftig sogar aufheben. Wer die Wohnhäuser nicht erhalten will, läßt sie „abwohnen“, oft durch „Übergangsmieter“. Jeder zehnte innerstädtische „Mobilitätsfall“ geht auf direkte Zwangseinwirkung — Kündigung — zurück¹¹⁾. Die ärmeren Bevölkerungsschichten, die auf das billige Altbauwohnungsangebot angewiesen ist, versuchen, unter allen Umständen in ihrem alten Viertel zu verblei-

⁸⁾ A. a. O., 1—9/1—10.

⁹⁾ Vgl. „Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenzen im Jahr 1974“, in: Münchner Statistik, Monatsbericht Jahrgang 1975, Heft 3, März, S. 71.

¹⁰⁾ Vgl. „Zu- und Fortzüge“, a. a. O., S. 76.

¹¹⁾ Vgl. Stadtentwicklungsplan, 1—27.

ben; die wirtschaftlich Stärkeren ziehen in die Stadtrandgebiete, ins Umland weg. Ausländer rücken nach; zuerst in den traditionellen Arbeitervierteln, dann aber auch in einstmaligen „bürgerliche“ Gegenden wie das Lehel, wie Schwabing, wie die Maxvorstadt. Es kommt zu einer „Entmischung“ der Bevölkerung. Vereinfacht gesagt: in der Innenstadt wohnt die Unterschicht, die am Stadtrand arbeitet. Am Stadtrand, im Umland wohnen die mittleren und oberen Schichten, die (häufig) in den Dienstleistungsbetrieben der Innenstadt arbeiten. Die Belastung für die Verkehrsmittel steigen, die Wege zur Arbeit verlängern sich. Gleichzeitig entstehen Problemgebiete mit einseitiger Sozialstruktur und der Gefahr der Überalterung. Die möglichen Folgen sind für diese Gebiete: weniger Bildungschancen, vergleichsweise geringe Bildungsmotivation, Sozialisationschäden.

Auf der anderen Seite entstehen aber auch Probleme für die Stadtrandgebiete. Durch die rasche Bevölkerungszunahme dort, vor allem durch den überproportionalen Zuzug junger Familien, entsteht ein Mangel an „Infrastruktur“. Die Stadt kommt so schnell mit dem Bau von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern nicht nach. Also entsteht „Unzufriedenheit“, die durch die „Kommunikationsprobleme“ von Satellitenstädten verstärkt werden kann: Den Laden um die Ecke, dessen Besitzerin man gekannt hat, gibt es „draußen“ nicht. Der Supermarkt ist anonym. Die gewachsenen Sozialbindungen der „alten“ Stadt sind in den Hochhäusern der Vorstädte nicht vorhanden.

Es liegt nahe, daß viele Menschen die „Schuld“ an ihrem Mißbehagen der Stadtregerung aufhalsen.

Und viele aktive, aufstiegsorientierte, gut ausgebildete Arbeitnehmer ziehen ins Stadtumland. Sie arbeiten weiter in der Stadt, sie kaufen weiter in der Stadt, sie verbringen hier auch einen Teil ihrer Freizeit. Aber Steuern zahlen sie in einem Landkreis der Stadtregerion. Auch dies belastet die Problemlösungsfähigkeit der Stadtregerung.

Diese Probleme sind selbstverständlich keineswegs spezifisch „münchnerisch“. Sie bedrängen heftiger oder schwächer alle Metropolen. Hamburg, Berlin, Frankfurt, aber auch Köln oder Stuttgart stehen vor derartigen Schwierigkeiten. Eine solche Situation kann man — politisch — meistern. Man kann auch an ihr versagen; es gibt einen deutlich sichtbaren Handlungsspielraum für die politischen Eliten. Aber eins muß man erkennen: Die Herausforderung in den Metropolen ist ähnlich; und sie ist größer als in anderen Gebieten unseres Landes.

Diese Bevölkerungsentwicklung der Stadt bleibt für die Parteien in dieser Stadt nicht folgenlos. Einmal demographisch; beispielsweise verliert die Münchner SPD an Mitgliedern, weil die Wegzüge die Zuzüge zu überwiegen beginnen (dies ist ein Grund neben anderen). Dann aber auch politisch: Die schärferen Mißstände rufen schärfere politische Parolen hervor.

IV.

Ich analysiere die Mitgliedschaft der Münchener SPD unter vier Aspekten:

- nach ihrer Sozialstruktur
- nach ihrem Altersaufbau
- nach der Aufteilung in Geschlechter
- nach ihrer Wachstumsbewegung.

Sozialstruktur

Wer die Veränderung in der Mitgliedschaft einer Partei bewerten will, muß den Gesamtrend der Entwicklung der Sozialstruktur der Gesellschaft kennen. Die Bundesrepublik ent-

wickelt sich immer mehr von einer industriellen zu einer postindustriellen Gesellschaft, dies insbesondere in den Ballungszentren. Der primäre Sektor ist längst zurückgegangen, jetzt geht auch der sekundäre Sektor zurück, der tertiäre Sektor wächst an. Der Anteil der Selbständigen, der mithelfenden Familienangehörigen, der Arbeiter sinkt; der Anteil der Beamten und Angestellten steigt. Zwischen 1968 und 1974 ist die Zahl der Beamten und Angestellten von 33,6 % auf 40,9 % der Erwerbstätigen angewachsen, die Zahl der Arbeiter von 47,3 auf 44,8 % zurückgegangen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Ergebnisse des Mikrozensus für das Bundesgebiet

— in Prozent —

Stellung im Beruf	1968	1970	1972	1974
Selbständige	11,2	10,7	9,3	9,1
mithelfende Familienangehörige	7,9	6,9	5,3	5,3
Beamte	33,6 } 5,4	35,1	39,1	40,9
Angestellte				
Arbeiter	47,3	47,4	44,5	44,8
	100	100	100	100

Basis: Erwerbstätige

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand jeweils April

In den „Metropolen“, von denen hier die Rede ist — eben im Unterschied zu manch anderer Großstadt —, ist der Arbeiteranteil im übrigen geringer als im Bundesdurchschnitt. Nach der Volkszählung von 1970 waren nur 36,6 % der Münchener Arbeiter, nur 40,5 % der Kölner, nur 37,1 % der Düsseldorfer, nur

36,4 % der Hamburger oder 35,9 % der Frankfurter. Der Anteil der Beamten und Angestellten in all diesen „Dienstleistungszentren“ dagegen lag über 50 %. In München bei 53,1, in Köln bei 49,7, in Düsseldorf bei 52,7, in Hamburg bei 52,6, in Frankfurt bei 55,1 % (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Ergebnis der Volkszählung 1970 für einzelne Kommunen

— in Prozent —

Stellung im Beruf	München	Köln	Düsseldorf	Hamburg	Frankfurt
Selbständige	8,3	7,7	8,0	8,5	7,4
mithelfende Familienangehörige	2,0	2,1	2,2	2,6	1,7
Beamte/Angestellte	53,1	49,7	52,7	52,6	55,1
Arbeiter	36,6	40,5	37,1	36,4	35,9
	100	100	100	100	100

Basis: Erwerbstätige

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Band 59

Diese Tendenz zur „Dienstleistungsgesellschaft“ der Angestellten und Beamten zeichnet sich, bedingt durch eine wachsende Substitution deutscher (vorwiegend un- und angelernter) Arbeiter durch ausländische Arbeit-

nehmer, in der Wahlbevölkerung noch sehr viel deutlicher ab als in der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik. Nach den Daten zur Wählerforschung von Infratest Sozialforschung kamen 1975 von allen Wahlberech-

tigten in der Bundesrepublik (deutsche Staatsangehörige über 18 Jahre) aus Haushalten von (Tabelle 3):

Tabelle 3

Selbständigen (Freiberufliche, mittlere und größere Selbständige)	3 %
Landwirten und kleineren Selbständigen	11 %
Beamten (einf., mittl. und gehobener Dienst)	10 %
Angestellten (ausf. und qualif.)	25 %
Leitenden Angestellten und höheren Beamten	10 %
Arbeitern	41 %
davon un-/angelernte Arbeiter	17 %
Facharbeiter	24 %
	100 %

In den Großstädten (Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern), insbesondere aber in den Metropolen der Bundesrepublik (Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern) ist der Anteil der Arbeiter und Facharbeiter an der Wahlbevölkerung noch deutlich geringer als in der Wahlbevölkerung der Bundesrepublik insgesamt, der Anteil der Wähler aus Angestellten- und Beamtenhaushalten liegt dort weit über 50 % (siehe Tabelle 4).

Für die Wahlbevölkerung der Stadt München liegen mir Daten einer Repräsentativerhebung von Infratest Sozialforschung aus dem Landtagswahljahr 1970 vor. Damals lag sowohl der Anteil der Wähler aus Angestellten- und Beamtenhaushalten als auch der Wähler aus Arbeiterhaushalten an den Münchner Wählern noch etwas über den Werten, die 1975 für die Großstädte und Metropolen der Bundesrepublik insgesamt ermittelt wurden. Überdurchschnittlich hoch waren in München die Anteile der Wähler aus Selbständigenhaushalten und aus Haushalten von Freiberuflichen (Tabelle 5).

Tabelle 4

Anteil an der Wahlbevölkerung

Beruf des Haushaltvorstandes	Größe der Wohnortgemeinde — Einwohnerzahl —	
	100 000 bis 500 000	500 000 und mehr
	%	%
Selbständige (Freiberufliche, mittlere und größere Selbständige)	3	4
Landwirte und kleinere Selbständige	5	7
Beamte (einf., mittl. und gehobener Dienst)	10	10
Angestellte (ausf. und qualif.)	31	34
Leitende Angestellte und höhere Beamte	13	13
Arbeiter	38	32
davon un-/angelernte Arbeiter	16	13
Facharbeiter	22	19
	100	100

Tabelle 5

Beruf des Haushaltungsvorstandes	Anteil an der Wahlbevölkerung München 1970
	in %
Selbständige (Freiberufliche, mittlere und größere Selbständige)	8
Landwirte und kleinere Selbständige	10
Beamte (einf., mittl. und gehobener Dienst)	7
Angestellte (ausf. und qualif.)	28
Leitende Angestellte und höhere Beamte	17
Arbeiter	30
davon un-/angelernte	
Arbeiter	9
Facharbeiter	21
	100

Betrachtet man nun die Sozialstruktur der Mitgliedschaft der Münchener SPD, so stellt man eine weitere Besonderheit fest, die keineswegs neu ist, sondern sich historisch entwickelt hat. Münchens SPD hatte traditionell einen verhältnismäßig hohen Anteil von An-

¹²⁾ Vgl. Ulf Preuß, Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei, in: Die Neue Gesellschaft Nr. 5, 1966.

gestellten und dadurch einen geringeren Anteil von Arbeitern. Schon im Jahre 1905 waren nur 77 % der SPD-Mitglieder Arbeiter (Frankfurt 94 %) und 22 % Angestellte (Frankfurt 6 %) ¹²⁾. Dieses Charakteristikum für die Sozialstruktur der Münchener Partei hat sich bis heute erhalten.

Wie sah die Münchener Mitgliedschaft nun 1968 (Stichtag 1. 1. 1968) und wie sah sie 1974 (Stichtag 10. 9. 1974) aus? Die Tabellen 6 und 7 weisen dies aus.

Tabelle 6

*Berufs-(Tätigkeits)struktur der Münchener
SPD-Mitgliedschaft*

	1968 %	1974 %
Selbständige und Freiberufliche	6	5
Beamte	12	10
Angestellte	31	34
Arbeiter	23	18
Erwerbstätige insgesamt	72	67
Hausfrauen	11	9
Rentner	12	8
In Ausbildung (Studenten, Schüler, Lehrlinge)	4	15
ohne Angabe	1	1
	100	100

SPD-Mitglieder - Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974
nach Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis

Beschäftigungsverhältnis	Gesamt		Männer		Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Selbständig	720	5	602	6	118	3
Angestellter	4 705	34	3 477	34	1 228	33
Arbeiter/Facharbeiter	2 513	18	2 328	23	185	5
Beamter	1 338	10	1 194	12	144	4
Berufssoldat	64	0	64	1	—	—
Hausfrau	1 306	9	5	0	1 301	35
Landwirt	2	0	1	0	1	0
Lehrling	82	1	60	1	22	1
Rentner/Pensionär	1 060	8	840	8	220	6
Schüler/Student	1 942	14	1 457	14	485	13
ohne Angabe	195	1	161	2	34	1
	13 927	100	10 189	101	3 738	101

Die vorliegenden Daten erlauben einen Zeitvergleich (Entwicklung 1968/1974) und (wenigstens näherungsweise) einen Strukturvergleich — allerdings nicht mit der Struktur der Münchner Wahlbevölkerung, wohl aber mit der Struktur der Wahlbevölkerung in den Metropolen der Bundesrepublik.

— Der Prozentsatz der Arbeiter in der Münchner SPD hat sich zwischen 1968 und 1974 von 23 % auf 18 % verringert. Der Anteil der Angestellten und Beamten dagegen hat sich kaum verändert, er betrug 1968 43 % und beträgt 1974 44 %. Sprunghaft angestiegen ist der Anteil der in Ausbildung befindlichen Mitglieder: Von 4 % im Jahre 1968 auf 15 % im Jahre 1974.

— Der Strukturvergleich der Mitgliedschaft der Münchner SPD mit der Wahlbevölkerung der Metropolen in der Bundesrepublik zeigt eine Überrepräsentation der Berufstätigen in der Mitgliedschaft (67 %

gegenüber 52 %), einen geringen Überhang der Arbeiter und eine deutliche Überrepräsentation der Angestellten und Beamten (44 % gegenüber 29 % in der Wählerschaft der Metropolen) sowie eine noch deutlichere Überrepräsentation der in Ausbildung Befindlichen (15 % gegenüber 6 %). Rentner und vor allem nichtberufstätige Hausfrauen sind in der Mitgliedschaft der Münchner SPD unterrepräsentiert.

Wenn man die (allerdings unvollständigen und nur für 1974 vorliegenden) Angaben über die Berufe im einzelnen analysiert, zeigt sich deutlich der Mittelschichtcharakter der Sozialdemokratie. Der Münchener SPD gehören beispielsweise nur 84 Hilfsarbeiter an, aber 126 Journalisten, 127 Künstler, 333 Lehrer und Hochschullehrer. Der Arbeiteranteil wird vor allem von den Facharbeitern gestellt. Größte Einzelgruppe sind die Verwaltungsangestellten und Verwaltungsbeamten (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8

*SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974
nach Geschlecht und Beruf*

Beruf	Gesamt		Männer		Frauen	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Landwirte, Verwalter und Berater in der Landwirtschaft, Tierzüchter usw.	67	0,5	66	0,6	1	0,0
Bergleute, Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner, Mineralaufbereiter	3	0,0	3	0,0	—	—
Baustoffhersteller, Keramiker, Steinbearbeiter, Glasmacher, Glasbläser usw.	28	0,2	24	0,2	4	0,1
Chemiearbeiter	3	0,0	2	0,0	1	0,0
Kunststoffhersteller und -verarbeiter	5	0,0	4	0,0	1	0,0
Papierhersteller und -verarbeiter	6	0,0	5	0,0	1	0,0
Drucker, Setzer, Stereotypeure (Chemigraphen), Buchbinder	160	1,1	150	1,5	10	0,3
Schreiner, Stellmacher, Wagner, Zimmerer, Büttner, Parkettverleger, Modelltischler	133	1,0	133	1,3	—	—
Metallerzeuger, Metallverarbeiter, Schmiede, Monteure, Installateure, Schlosser, Werkzeugmacher, Dreher usw.	792	5,7	781	7,7	11	0,3
Kfz-Mechaniker, Karosseriebauer, Tankwarte, Automobilfacharbeiter	147	1,1	146	1,4	1	0,0
Elektriker, Elektromonteure	162	1,2	160	1,6	2	0,0
Textilhersteller und -verarbeiter	84	0,6	40	0,4	44	1,2
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	23	0,2	22	0,2	1	0,0
Bäcker, Konditoren	25	0,2	25	0,2	—	—
Fleisch- und Fischverarbeiter, Obst- und Gemüsekonservierer, Nahrungsmittelhersteller, Brauer	65	0,5	65	0,6	—	—

Beruf	Gesamt		Männer		Frauen	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Maurer, Betonfacharbeiter, Straßenbauer, Straßenwärter, Dachdecker, Fliesenleger, Gerüstbauer, Kran- und Baggerführer	138	1,0	137	1,3	1	0,0
Raumausstatter, Polsterer, Dekorateur, Maler, Lackierer, Tüncher, Tapezierer	101	0,7	97	1,0	4	0,1
Warenprüfer, Versandarbeiter	59	0,4	51	0,5	8	0,2
Heizer, Maschinisten	51	0,4	51	0,5	—	—
Hilfsarbeiter, ohne nähere Angabe	84	0,6	65	0,6	19	0,5
Architekten, Ingenieure, Techniker, technische Fachkräfte	751	5,4	707	6,9	44	1,2
Chemiker, Physiker (Laboranten), Mathematiker (keine Lehrer)	91	0,7	75	0,7	16	0,4
Dolmetscher, Bibliothekare	67	0,5	21	0,2	46	1,2
Bank- und Versicherungskaufleute	208	1,5	175	1,7	33	0,9
Ubrige Kaufleute (Verkäufer im Einzelhandel, Handelsvertreter usw.)	843	6,1	627	6,2	216	5,8
Berufe des Land-, Wasser- und Luftverkehrs (Bundesbahn, Straßenbahn, Seeleute, Piloten)	330	2,4	297	2,9	33	0,9
Berufe des Nachrichtenverkehrs (Post)	179	1,3	137	1,3	42	1,1
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter, Hausverwalter, Hausmeister, Kraftfahrer	354	2,5	341	3,3	13	0,7
Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	93	0,7	80	0,8	13	0,3
Datenverarbeitungsfachleute	44	0,3	34	0,3	10	0,3
Bürofach-, Bürohilfskräfte, Verwaltungsangestellte, Verwaltungsbeamte	1 783	12,8	1 272	12,5	511	13,7

Beruf	Gesamt		Männer		Frauen	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Polizeiangehörige	262	1,9	260	2,6	2	0,1
Sicherheitswahrer (Bundeswehr, Grenzschutz, Zoll, Feuerwehr)	101	0,7	100	1,0	1	0,0
Rechtswahrer, Rechtsberater	239	1,7	219	2,1	20	0,5
Journalisten	126	0,9	95	0,9	31	0,8
Künstler und zugeordnete Berufe (Fotografen)	171	1,2	126	1,2	45	1,2
Ärzte und Apotheker	117	0,8	94	0,9	23	0,6
Übrige Gesundheitsdienstberufe (Schwester, Masseur)	143	1,0	59	0,6	84	2,2
Sozialpflegerische Berufe, Fürsorger usw.	62	0,4	27	0,3	35	0,9
Lehrer, Hochschullehrer	333	2,4	209	2,1	124	3,3
Seelsorger	8	0,1	5	0,0	3	0,1
Gästebetreuer, Gastwirte, Kellner, Zimmermädchen	81	0,6	61	0,6	20	0,5
Hauswirtschaftliche Berufe	5	0,0	—	—	5	0,1
Haut- und Körperpfl. Berufe (Friseure usw.)	23	0,2	7	0,0	16	0,4
Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft	2	0,0	1	0,0	1	0,0
Arbeitskräfte mit noch nicht best. Beruf (Lehrling, Umschüler)	191	1,4	152	1,5	39	1,0
Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsmerkmale („Arbeiter“, „Angestellte“ usw.)	456	3,3	350	3,4	106	2,8
Reinigungsberufe	36	0,3	22	0,2	14	0,4
Sonstige Berufe	352	2,5	286	2,8	66	1,8
ohne Angabe, bzw. in der Ausbildung	4 340	31,2	2 323	22,8	2 017	54,0
	13 927	99,4	10 189	99,4	3 738	99,5

Der Gesamttrend ist keineswegs neu. Schon Robert Michels hatte 1906 festgestellt: „Die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Vereine scheint zu bestätigen, daß die schlechter entlohnte Arbeiterschicht überhaupt schwerer als die Arbeiteraristokratie den Vereinen beiträgt ... (diese) ist ... dem Gedanken einer ein starkes Solidaritätsgefühl voraussetzenden Zusammenschließung schwer zugänglich.“¹³⁾ Die Arbeiterpartei war schon 1906 eine Partei der oberen Unterschicht. Sie ist heute — von der Sozialstruktur ihrer Mitgliedschaft her — eine Partei der Mittelschichten in all ihrer Differenziertheit.

Altersaufbau

Die Münchener SPD hat sich, man könnte schon fast sagen: radikal, verjüngt. 1968 gehörten 47 % der Mitglieder der Altersgruppe derer über 50 Jahre an, 1974 waren es nur noch 37 %. Die Gruppe der jüngsten Sozialdemokraten — der Mitglieder bis 35 Jahre, also (nominell) der Jungsozialisten — betrug 1968 21,6 %. 1974 liegt die Zahl der unter 35jährigen bei 36 % (vgl. Tabelle 9).

¹³⁾ Michels zitiert nach Preuß, a. a. O., S. 371.

Besonders interessant ist dieser Tatbestand, wenn man noch bedenkt, wie rasch diese Verjüngung sich vollzogen hat. An einer Analyse der Mitgliederfluktuation wird dies besonders deutlich werden.

Rund 20 % der Mitgliedschaft der Münchener SPD sind 1974 unter 30, andererseits aber doch 53 % über 40 Jahre. Verbindet man die beiden Aspekte „Sozialstruktur“ und „Altersaufbau“ miteinander, so zeigen sich bedenkliche Entwicklungen. In der Münchener SPD gibt es 76 junge Arbeiter zwischen 21 und 24 Jahren, dafür 433 Schüler und Studenten. Nur 15 % der unter 20jährigen sind Lehrlinge, 67 % dagegen Schüler. Bei den mittleren Jahrgängen, den 30- bis 45jährigen, stellen die Angestellten und Beamten jeweils um 55 % der Mitgliedschaft. Von über 13 000 Münchener Sozialdemokraten sind knapp 300 Arbeiter unter 30 (Tabelle 11)¹⁴⁾.

¹⁴⁾ Die statistischen Angaben enthalten eine große Fehlerquelle: die Berufsangaben werden oft nach dem Eintritt nicht mehr revidiert. So kann es zuweilen sein, daß ein 50jähriger, der als Student der SPD beiträgt, immer noch als Student registriert ist. Die Berufsangaben sind deshalb cum grano salis zu werten.

SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974
nach Geschlecht und Jahrgang (Altersklassen)

Tabelle 9

Jahrgang	Altersklassen Jahre	Gesamt		Männer		Frauen		Altersstruktur	
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	Männer	Frauen
								%	%
Vor 1904	70 u. ä.	1 312	9,4	856	6,1	456	3,3	8,4	12,2
1905—1914	60—69	1 731	12,4	1 237	8,9	494	3,5	12,0	13,2
1915—1924	50—59	2 063	14,8	1 551	11,1	512	3,7	15,2	13,7
1925—1934	40—49	2 219	16,0	1 773	12,7	446	3,3	17,4	11,9
1935—1939	35—39	1 527	11,0	1 192	8,6	335	2,4	11,7	9,0
1940—1944	30—34	2 128	15,3	1 562	11,2	566	4,1	15,3	15,1
1945—1949	25—29	1 826	13,1	1 252	9,0	574	4,1	12,3	15,4
1950—1953	21—24	756	5,4	515	3,7	241	1,7	5,1	6,4
1954—1958	bis 20	325	2,3	228	1,6	97	0,7	2,2	2,6
ohne Angabe		40	0,3	23	0,2	17	0,1	0,2	0,5
		13 927	100,0	10 189	73,1	3 738	26,9	100,0	100,0

Tabelle 10

*SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974*

*nach Beschäftigungsverhältnis und Jahrgang
Jahrgang (Altersklassen)*

	Vor 1904	1905—1914	1915—1924	1925—1934
	70 Jahre u. älter	60—69 Jahre	50—59 Jahre	40—49 Jahre
Selbständig	69	141	142	136
Angestellter	65	523	853	921
Arbeiter/Facharbeiter	67	420	506	656
Beamter	13	127	266	269
Berufssoldat	2	2	8	7
Hausfrau	297	257	195	175
Landwirt	—	1	—	—
Lehrling	—	—	—	1
Rentner/Pensionär	769	205	57	17
Schüler/Student	1	2	1	9
ohne Angabe	29	53	35	28
	1 312	1 731	2 063	2 219

Tabelle 11

*SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974*

nach Beschäftigungsverhältnis und Altersklassen

Altersklassen	Mitglieder insgesamt %	Selbständige %	Arbeiter %	Beamte %	Angestellte %	Hausfrauen %	Rentner %	In Ausbildung %
70 Jahre und älter	9	10	3	1	1	24	73	—
60—69 Jahre	13	20	17	9	11	20	19	—
50—59 Jahre	15	20	20	20	18	15	5	—
40—49 Jahre	16	19	26	20	20	13	2	1
35—39 Jahre	11	14	13	17	13	11	1	3
30—34 Jahre	15	12	9	21	20	11		19
25—29 Jahre	13	5	8	10	12	5		41
21—24 Jahre	6	—	3	2	4	1		23
bis 20 Jahre	2	—	1	0	1	—	13	
	100	100	100	100	100	100	100	100

1935—1939	1940—1944	1945—1949	1950—1953	1954—1958	ohne Angabe	Gesamt
—39 Jahre	30—34 Jahre	25—29 Jahre	21—24 Jahre	bis 20 Jahre		
102	85	39	3	1	2	720
628	952	543	173	34	13	4 705
328	251	189	76	15	5	2 513
228	278	128	21	5	3	1 340
10	16	10	9	—	—	64
147	146	67	10	2	10	1 306
—	—	—	1	—	—	2
2	—	5	26	49	—	83
3	4	1	2	1	1	1 060
68	377	833	433	218	—	1 942
12	19	11	2	—	6	195
1 528	2 128	1 826	756	325	40	13 928

Verteilung auf Geschlechter

Zwischen 1968 und 1974 hat sich der Anteil der Frauen von 22 % auf 27 % vergrößert. Während 1968 rund die Hälfte der Frauen als Beruf „Hausfrau“ angab, waren dies 1974 nur noch 35 %. Die Arbeiterinnen sind unterrepräsentiert; lediglich 5 % der weiblichen Sozialdemokraten in München sind Arbeiterinnen. Schon 1968 habe ich in meinem damaligen Bericht formuliert: „Betrachtet man die Sozialstruktur der neu in die SPD eingetretenen Frauen genauer, so muß man hier den Trend, der zu einer Zunahme der Angestellten, der Beamten und der freien Berufe führt, als ganz besonders ausgeprägt feststel-

len!“¹⁵⁾ Dieser Trend hat sich weiter verstärkt. Wie sich gleich bei der Analyse der Fluktuation der Mitgliedschaft herausstellen wird, sind 37 % der Frauen, die heute Mitglied der Münchener SPD sind, zwischen 1971 und 1974 der Partei beigetreten. Die Verstärkung des Frauenanteils ist eine Folge der Emanzipationsdiskussion; und dies ist selbstverständlich (bisher) eine bürgerliche Angelegenheit. Die Altersstruktur der Frauen unterscheidet sich nicht signifikant von der der Männer, wenn man davon absieht, daß in der Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren deutlich weniger Frauen als Männer der SPD angehören.

¹⁵⁾ Vgl. Bericht a. a. O. (FN 4).

SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974

nach Geschlecht und Eintrittsjahr

Eintrittsjahr	Gesamt		Männer		Frauen	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Bis 1918	81	1	58	1	23	1
1919—1933	306	2	234	2	72	2
1945—1948	905	6	630	6	275	7
1949—1952	368	3	266	3	102	3
1953—1956	663	5	517	5	146	4
1957—1959	791	6	658	6	133	4
1960—1964	1 705	12	1 410	14	295	8
1965—1968	1 759	13	1 377	14	382	10
1969—1971	3 327	24	2 406	24	921	25
1972—1974	3 970	29	2 596	25	1 374	37
ohne Angabe	52	0	37	0	15	0
	13 927	101	10 189	100	3 738	101

Mitgliederfluktuation

Wer die Mitgliederbewegung der großen politischen Parteien in der Bundesrepublik zwischen 1965 und 1972 analysierte, hätte zu dem Schluß kommen können, daß diese Parteien zwar zuweilen sprunghaft, aber doch kontinuierlich wachsen. Die Entwicklung bei der SPD im Jahre 1973 hat gezeigt, daß ein derartiger Schluß falsch gewesen wäre. Aber auch in den 50er Jahren gab es schon ein Auf und Ab. Die CSU hatte 1947 mit 82 189 Mitgliedern einen größeren Bestand als 1970 mit 76 665. Die SPD hatte 1947 875 479 Mitglieder, während sie 1954 nurmehr 585 479 Mitglieder verzeichnen konnte¹⁶⁾.

Die langfristige Mitgliederbewegung in München — von 1962 bis 1974 — zeigt die Tabelle 13. Anfang der 60er Jahre konnte die Münchener Partei einen geringen, aber doch kontinuierlichen Aufstieg zwischen 3 und 4% verzeichnen. Im Rezessionsjahr 1967 und dem darauffolgenden Jahr 1968 (zur Zeit der Großen Koalition) konnte der Mitgliederstand knapp

gehalten werden; nach Bildung der ersten sozialdemokratisch geführten Regierung im Jahre 1969 erhielt die Partei starken Zuwachs (um 10%), der sich dann im Jahr des großen Wahlsiegs von Willy Brandt, 1972, auf die nahezu unglaubliche Zahl von 20,2% vergrößerte. 1973 und 1974 zeigte sich dann deutlich, daß dieser plötzliche Zuwachs politisch nicht verkräftet worden war, bzw. daß mancher, der sich unter dem Eindruck des Mißtrauensvotums und des Brandtschen Wahlsieges für die SPD entschieden hatte, einer optischen Täuschung erlegen war.

Analysiert man nämlich den großen Mitgliederabgang des Jahres 1974, so ergibt sich, daß in diesem Jahr 881 Personen aus der Partei austraten. 577 weitere wurden in einer Parteibereinigungsaktion gestrichen, weil sie keinen Beitrag mehr bezahlten. In beiden Gruppen ist der Prozentsatz derer, die 1972 beigetreten waren, überdurchschnittlich hoch. 685 Wegzügen (vor allem in die Region) standen nur 357 Zuzüge gegenüber. 165 Sozialdemokraten sind im Jahre 1974 verstorben. Da 680 Personen neu eintraten und ein Mitglied ausgeschlossen wurde, ergibt sich eine Gesamt-

¹⁶⁾ Vgl. FAZ vom 17. 7. 1975.

Tabelle 13

Mitgliederstand zum Jahresende

	Zahl	Zuwachs in %
1962 (Vorst. Demeter)	8 666	
1963 (Vorst. Demeter)	8 944	+ 3,0
1964 (Vorst. Demeter)	9 286	+ 3,8
1965 (Vorst. Demeter)	9 718	+ 4,6
1966 (Vorst. Demeter)	10 148	+ 4,4
1967 (Vorst. Demeter)	10 157	+ 0,0
1968 (Vorst. Demeter)	10 031	- 1,2
1969 (Vorst. Demeter)	10 548	+ 5,1
1970 (Vorst. Dr. Meyer)	11 550	+ 9,5
1971 (Vorst. Dr. Vogel)	12 708	+ 10,0
1972 (Vorst. Dr. Schöfberger)	15 273	+ 20,2
1973 (Vorst. Dr. Schöfberger)	15 084	- 1,2
1974 (Vorst. Dr. Schöfberger)	13 812	- 8,4

Quelle: Eigene Statistik Unterbezirk München

abnahme von 1 272 Personen innerhalb dieses einen Jahres.

Die Münchener Partei hat im übrigen selbst eine Statistik über die Austrittsgründe geführt. Von den 881 Austritten geschahen 684 ohne jede Begründung. Der Rest begründete seinen Austritt folgendermaßen: 38 Personen mit dem „Linkskurs“ der Münchener SPD, 38 schlicht mit dem Zusatz „Politik des Unterbezirks München“, 27 gaben „Die Politik der Bundesregierung“ und 14 den „Rechtskurs der Münchener SPD“ an. Weitere Begründungen: finanzielle Gründe 23, gesundheitliche Gründe 33, neuer Vorstand 5, Ostpolitik 1, Geschwindigkeitsbegrenzung 1, Geiselberger (früher Stellvertretender Vorsitzender der Münchener SPD, im Laufe eines Ausschlußverfahrens wegen seines „Linkskurses“ ausgetreten) 3, Angelegenheiten des jeweiligen Ortsvereins 7, Parteiordnungsverfahren 1, Kanzlerrücktritt 2, Wienand 1, Arbeitslosigkeit 1, Bodenrechtspapier 1, Mahnungen 1. Schon diese Entwicklung zeigt die politische Erschütterung, die die Münchener Partei

(aber sicher nicht nur die Münchener Partei) nach 1972 ertragen mußte. Das Problem der Fluktuation innerhalb einer Organisation wird aber noch sehr viel deutlicher, wenn man die Mitgliedschaft nach Eintrittsjahrgängen analysiert.

Schon 1968 ließ sich feststellen, daß 60 % der damaligen Mitgliedschaft der SPD innerhalb der letzten 10 Jahre beigetreten waren. Über 35 % der Mitglieder gehörten der Münchener SPD 5 Jahre oder weniger an. Die genauen Zahlen (1968):

Mitglied bis zu	
5 Jahren	36 %
6 bis 10 Jahren	25 %
11 bis 15 Jahren	14 %
16 bis 20 Jahren	7 %
mehr als 15 Jahren	18 %

(0,5 % fehlen zu 100 %: diese Zahl ohne Geburts- und Eintrittsdatum verzeichnet.)

Geradezu dramatisch wird die Entwicklung dann in den 70er Jahren. Inzwischen zeigt sich nämlich, daß über 50 % der Mitgliedschaft der Münchener SPD dieser Partei nach 1969 beigetreten ist. Nurmehr 23 % der Parteimitgliedschaft gehören der SPD länger als 15 Jahren an, sind also vor 1960 beigetreten (Tabelle 12)

Gleichzeitig zeigt sich, daß ab 1969, vor allem aber nach 1972, vor allem jüngere Leute der Münchener SPD beigetreten sind. 1972 bis 1974 sind beispielsweise 390 junge Leute unter 20 Jahre, 501 Personen zwischen 21 und 24 Jahren, 962 Personen zwischen 25 und 29 Jahren und 839 Personen zwischen 30 und 34 Jahren der SPD in München beigetreten, aber nur 439 Personen zwischen 35 und 39 Jahren, nur 391 zwischen 40 und 49 Jahren und nur 265 zwischen 50 und 59. Die Münchener Partei hat also in diesen Jahren eine gewaltige Verjüngung erfahren.

Analysiert man dies auch nach Beschäftigungsverhältnissen und Eintrittsjahrgängen (Tabelle 15), so erkennt man, daß der Eintritt in die Regierung auch die soziologische Struktur der Partei geändert hat. Zwischen 1957 und 1959 waren 30 % der Zugänge, zwischen 1960 und 1964 28 %, zwischen 1965 und 1968 immerhin 20 % der Zugänge Arbeiter und Facharbeiter. Von 1969 bis 1971 verringerte sich dieser Prozentsatz auf 14,1 und von

Tabelle 14

SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974

nach Eintrittsjahr und Altersgruppen

	70 Jahre und älter		60—69 Jahre		50—59 Jahre		40—49 Jahre	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Vor 1918	75	5,7	—	—	—	—	—	—
1919—1933	209	15,9	91	5,3	4	0,2	—	—
1945—1948	356	27,1	313	18,1	183	8,9	51	2,3
1949—1952	77	5,9	119	6,9	112	5,4	56	2,5
1953—1956	108	8,2	186	10,8	199	9,6	150	6,8
1957—1959	81	6,2	189	10,9	230	11,1	209	9,4
1960—1964	121	9,2	277	16,0	427	20,8	448	20,3
1965—1968	107	8,1	189	10,9	324	15,8	393	17,7
1969—1971	94	7,2	174	10,1	317	15,4	513	23,2
1972—1974	81	6,2	189	10,9	265	12,8	391	17,6
ohne Angabe	4	0,3	3	0,1	2	0,0	5	0,2
	1 313	100,0	1 730	100,0	2 063	100,0	2 216	100,0

Tabelle 15

SPD-Mitglieder Bezirk 27 (München)
per 10. 9. 1974

nach Beschäftigungsverhältnis und Eintrittsjahrgängen

Beschäftigungsverhältnis	Vor 1918		1919 bis 1933		1945 bis 1948		1949 bis 1952		1953 bis 1956	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Selbständig	6	7,6	12	3,9	61	6,7	25	6,8	40	6,0
Angestellter	—	—	34	11,0	220	24,3	139	37,8	193	29,0
Arbeiter/Facharbeiter	—	—	40	13,0	151	16,7	65	17,7	186	28,0
Beamter	1	1,3	10	3,3	32	3,5	24	6,5	70	10,0
Berufssoldat	—	—	—	—	—	—	—	—	1	0,0
Hausfrau	16	20,2	54	17,7	186	20,6	60	16,3	85	12,0
Landwirt	—	—	—	—	—	—	—	—	1	0,0
Lehrling	—	—	1	0,3	1	0,1	—	—	—	—
Renter/Pensionär	55	69,6	143	46,6	228	25,2	38	10,3	70	10,0
Schüler/Student	—	—	—	—	1	0,1	1	0,3	2	0,0
ohne Angabe	1	1,3	13	4,2	25	2,8	16	4,3	15	2,0
	79	100,0	307	100,0	905	100,0	368	100,0	663	100,0

Tabelle 14

19—29 Jahre		30—34 Jahre		25—29 Jahre		21—24 Jahre		bis 20 Jahre		ohne Angabe		Gesamt	
abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75	0,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	5,0	307	2,2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	905	6,5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2,5	368	2,6
19	1,2	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2,5	663	4,8
69	4,5	12	0,6	—	—	1	0,1	—	—	—	—	791	5,7
233	15,3	164	7,7	33	1,8	—	—	—	—	3	7,5	1 705	12,3
257	16,9	317	14,8	156	8,6	10	1,3	—	—	6	15,0	1 759	12,7
505	33,0	789	37,1	659	35,0	237	31,4	34	10,5	11	27,5	3 328	23,9
439	28,8	839	39,4	962	52,8	501	66,3	290	89,5	13	32,5	3 970	28,5
6	0,3	8	0,4	14	0,8	7	0,9	—	—	3	7,5	52	0,3
528	100,0	2 129	100,0	1 824	100,0	756	100,0	324	100,0	40	100,0	13 923	100,0

Tabelle 15

1957 bis 1959		1960 bis 1964		1965 bis 1968		1969 bis 1971		1972 bis 1974		ohne Angabe		Gesamt	
abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
35	4,4	105	6,2	100	5,7	170	5,1	166	4,2	1	1,9	721	5,2
253	32,0	603	35,4	679	38,6	1 235	37,1	1 334	33,6	15	28,8	4 705	33,8
240	30,3	481	28,2	359	20,4	469	14,1	518	13,0	4	7,7	2 513	18,0
117	14,8	232	13,6	209	11,9	337	10,1	299	7,5	6	11,5	1 337	9,6
2	0,3	9	0,5	5	0,3	26	0,8	20	0,5	1	1,9	64	0,5
59	7,5	126	7,4	145	8,2	268	8,1	299	7,5	8	15,4	1 306	9,4
—	—	—	—	—	—	1	0,0	—	—	—	—	2	0,0
—	—	—	—	3	0,2	19	0,6	59	1,5	—	—	83	0,6
61	7,7	81	4,8	82	4,7	129	3,9	172	4,3	1	1,9	1 060	7,6
4	0,5	44	2,5	142	8,0	631	19,0	1 104	27,9	13	25,1	1 942	13,9
20	2,5	24	1,4	35	2,0	41	1,2	2	0,0	3	5,8	195	1,4
791	100,0	1 705	100,0	1 759	100,0	3 326	100,0	3 973	100,0	52	100,0	13 928	100,0

1972 auf 1974 auf 13 %. Bei den Angestellten dagegen bewegen sich die entsprechenden Prozentsätze (bei erheblich gestiegenen absoluten Zahlen) um 35 %. Besonders wichtig: 27,8 % der zwischen 1972 und 1974 der SPD beigetretenen Neumitglieder waren Schüler oder Studenten. Nichts macht die Verjüngung (und gleichzeitig die soziologische Veränderung) der Münchener Partei deutlicher, als folgende Zahlenreihe: Zwischen 1965 und 1968 traten 142 Schüler und Studenten der SPD bei, zwischen 1969 und 1971 631 und zwischen 1972 und 1974 1 104. Zwischen 1972 und 1974 war der Zugang von Schülern und Studenten doppelt so hoch wie der Zugang an Arbeitern. Wenn man die sozial-ungesicherte (und dadurch auch „freie“) Position dieser Gruppe bedenkt und die überwiegende Herkunft aus dem Bürgertum in die Betrachtungen mit einbezieht, werden manche Entwicklungen der Münchener SPD erklärlich. Hier hat eine Gruppe plötzlich ein starkes Gewicht bekommen, deren traditionelle Bindung an die Partei und ihre Führungsstrukturen gering sein muß, die unter anderen sozialen und bildungsmäßigen Voraussetzungen groß geworden ist als die „klassische“ Mitgliedschaft der SPD und die deshalb ganz andere kulturelle Ideale vertritt.

Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man die Führung der Münchener SPD untersucht. Die engere Führung, der sogenannte Geschäftsführende Vorstand, ist eine weitgehend homogene Gruppe, der Jüngste um 30, der Älteste um 40, mit einer Ausnahme alle mit akademischer Vorbildung, der SPD Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre (mit zwei Ausnahmen) beigetreten. Der Vorsitzende ist freipraktizierender Rechtsanwalt, Dr. jur. und Bundestagsabgeordneter, unter seinen drei Stellvertretern ist ebenfalls einer freipraktizierender Rechtsanwalt, einer Dipl.-Volkswirt mit langjähriger Tätigkeit in der Erwachsenenbildung, jetzt Landtagsabgeordneter, einer promovierter Ökonom und höherer Beamter bei der Stadt München. Der Kassierer, ebenfalls promovierter Ökonom, ist Wissenschaftler an der Universität München,

der Schriftführer Lehrer. Der Pressesprecher der Münchener Partei ist Student der Rechte. Zum engeren Vorstand gehört weiter noch der Parteisekretär, der hauptamtlicher Funktionär der Partei ist.

Den weiteren Vorstand bilden dann — mit diesem Geschäftsführenden Vorstand zusammen — die Vorsitzenden der elf Münchener Kreisverbände. Nur vier von ihnen haben vor 1960 schon der Partei angehört; fünf traten zwischen 1960 und 1969 in die Partei ein, zwei zwischen 1969 und 1972. Nur einer der Kreisvorsitzenden ist über 50 Jahre alt; die meisten, nämlich sieben, sind zwischen 35 und 50 Jahre alt, drei sind unter 35. Unter den elf Kreisvorsitzenden (8 Männer, 3 Frauen) sind vier Angestellte, vier Beamte und drei Studenten. Arbeiter oder Selbständige sind nicht vertreten.

Noch deutlicher zeigt sich die Verjüngung der Partei und die einseitige Berufsstruktur bei den Vorsitzenden der 68 Münchener Ortsvereine. Nur neun (13 %) von ihnen gehörten der Partei schon vor 1960 an, 37 (54 %) sind zwischen 1960 und 1969, immerhin 20 (29 %) zwischen 1969 und 1972 und 2 (3 %) sogar erst nach 1972 der SPD beigetreten. 28 (16 %) der Ortsvorsitzenden sind unter 35, 29 (43 %) sind zwischen 35 und 50 und nur 11 (16 %) sind über 50 Jahre alt. Unter den Ortsvorsitzenden (4 Frauen) befinden sich 26 (38 %) Angestellte, 19 (28 %) Beamte, 11 (16 %) Studenten und nurmehr 6 (9 %) Arbeiter sowie 5 (7 %) Selbständige.

Die Analyse der Funktionäre der Münchener Partei zeigt also, daß die hohe Aktivität jüngerer, akademisch vorgebildeter oder in der akademischen Ausbildung befindlicher Sozialdemokraten in den Parteiwahlen durchgeschlagen hat. Diese Entwicklung kann aber natürlich zu einem Gefühl der Unterrepräsentation bei der älteren „klassischen“ Mitgliedschaft der SPD führen, das dann Anlaß zu erheblichen Konflikten wird. Genau diese Entwicklung ist in der Münchener Partei eingetreten.

Natürlich wäre es ganz falsch, in einseitiger Richtung von der Entwicklung der Mitgliedschaft der Münchener SPD auf die Politik der Münchener SPD zu schließen. Der Streit, was zuerst war, die Henne oder das Ei, ist sinnlos. Die Münchener SPD hat sich in ihren politischen Beschlüssen nicht nur deshalb nach links bewegt, weil sich ihre Mitgliedschaft verändert hat; ihre Mitgliedschaft hat sich auch verändert, weil sie bestimmte Beschlüsse gefaßt hatte. Zwischen der Struktur der Mitgliedschaft und den Aussagen der Partei besteht ein *wechselseitiges* Verhältnis.

Ich wiederhole noch einmal, daß die Entwicklung dieser Parteiorganisation auch durch Führungsschwächen der Vorstände, durch menschliches Versagen der Funktionäre beeinflusst wurde. Eine geschickte, vorausschauende Führung hätte sich eben gerade bemüht, eine allzu einseitige Entwicklung der Sozial- und Altersstruktur des Funktionärskaders zu verhindern und hätte von Anfang an dafür gesorgt, daß alle relevanten politischen Strömungen der Partei kontinuierlich an der Vorstandsarbeit beteiligt worden wären. Es gibt selbstverständlich keinerlei Automatismus, nach dem reformistische Parteiorganisationen in Metropolen den Weg gehen müssen, den die Münchener SPD in den vergangenen Jahren gegangen ist.

Gleichzeitig muß man aber auch anerkennen, daß die Herausforderungen an die Führungsfähigkeit der Parteieliten in den Metropolen um vieles größer sind als in anderen Bereichen. Es hat deshalb wenig Sinn, wenn aus Bezirken, die unter geringerem Problemdruck arbeiten können, auf die Metropolen lediglich anklagend mit dem Finger gezeigt wird. Es kann gar keinen Zweifel darüber geben, daß die politischen Verhältnisse in der Münchener, in der Frankfurter oder der Stuttgarter SPD sich negativ auf die Wahlergebnisse in Bayern, Hessen oder Baden-Württemberg ausgewirkt haben und auswirken. Und es kann ebensowenig zweifelhaft sein, daß die Sozialdemokratie alles daran setzen muß, um die Entwicklung in den großen Dienstleistungszentren zu konsolidieren. Dies wird aber nur möglich sein, wenn man die Gründe für diese politische Entwicklung sorgfältig und vorurteilsfrei analysiert, um Ansatzpunkte für eine Änderung zu schaffen. Die Versetzung ganzer Parteiorganisationen in den Anklagestand trägt zu einer Lösung der Probleme nicht bei.

In München, so lautet meine Analyse, traf die Entwicklung einer neuen politischen Jugendbewegung in den späten 60er Jahren, die wachsende Opposition gegen die Große Koalition, die Politisierung bestimmter akademischer Zwischenschichten auf eine überalterte, reaktionsschwach gewordene Parteiorganisation. Die gesellschaftspolitischen Probleme traten in der Millionenstadt München stärker hervor als in vielen anderen Teilen der Bundesrepublik; deswegen mußten Konflikte gerade um kommunale Probleme aufbrechen. Ist es sinnvoll, große Behörden anzusiedeln, die neue Arbeitsplätze schaffen, aber gleichzeitig Wohnsubstanz zerstören müssen? (Europäisches Patentamt). Ist es sinnvoll, ein Kulturzentrum zu bauen oder sind Schulen, Kindergärten wichtiger? (Gasteig-Projekt). Wie wird man mit den Problemen der Bodenpolitik in den Großstädten fertig? (Geiselberger-Thesen). Und immer wieder: Wie werden die Randgruppen in unserer Gesellschaft behandelt und was kann man zur Humanisierung ihres Lebens beitragen?

Unter dem Druck wachsender Probleme bildete sich in der Münchener SPD in den späten 60er Jahren eine Koalition der aus der Studentenbewegung kommenden „humanistischen Linken“ mit den Linksliberalen gegen die Repräsentanten der unteren Mittelschicht und die reformistische Intelligenz, die diese Partei bisher getragen hatten¹⁷). Menschen mit verschiedenen Lebenserfahrungen, aus verschiedenen Generationen, mit verschiedenen soziokulturellen Grundhaltungen prallten aufeinander. Neben den Generationenkonflikt trat der „Klassenkonflikt“. Die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen sozialen Schichten innerhalb der Parteiorganisation wurden immer größer. Sensible, in akademische Diskussionen versponnene, in ihren kulturellen Idealen radikal-liberale Neumitglieder aus bürgerlichen Schichten trafen auf Arbeitnehmer, die sozusagen aus Tradition jahrzehntelang der Sozialdemokratie angehörten, auf Menschen mit oft „kleinbürgerlichem“ Habitus, mit der legitimen Motivation, sozial aufzusteigen. In den aufkeimenden (sozialpsychologisch nicht durchschauenden) Auseinandersetzungen verletzten sich

¹⁷) Vgl. Glotz, Der Weg der Sozialdemokratie, Kap. 6: Die Zukunft der SPD als Organisation, a. a. O.

viele Menschen persönlich so schwer, daß sie auf Jahre nicht mehr zu einer zielgerichteten politischen Kooperation fähig waren.

Dieser Prozeß vollzog sich in München im übrigen in einer Mediensituation, die zur Verschärfung der Konflikte beitrug. Einmal war in die Auseinandersetzungen — mit dem Münchener Oberbürgermeister Dr. Vogel — ein Mann einbezogen, dessen bundesweite Popularität schon ohne jegliches Zutun der Kontrahenten zu Schlagzeilen führte. Dazu aber kam eine Neuorientierung der Münchener Zeitungen, die journalistisch eigentlich nur begrüßt werden kann. Die Zeitungen erkannten nämlich, daß sie innerparteiliche Vorgänge in den politischen Parteien transparenter machen müssen und begannen, durch systematische Parteitageberichterstattung, durch Kolumnen, in denen auch der „personal touch“ eine Rolle spielte, das Innenleben der Parteien zu durchleuchten. Während der 50er und frühen 60er Jahre hatte kein Journalist sich für die Frage interessiert, wie die Programmdiskussion der Jungsozialisten verlief. Plötzlich konnte ein völlig unbekannter junger Mann ins grelle Licht der Öffentlichkeit gerückt werden, wenn er nur einen Repräsentanten des Staates oder der Partei scharf angriff. Der Chance zur „Profilierung“ konnten viele nicht widerstehen; sowohl die Rolle des „konsequenten Sozialisten“ wie auch die Rolle des Gralshüters des Godesberger Programms wurde von manchen mit Wonne übernommen. Es begann ein Prozeß der publizistischen Selbsterstörung, der von den Wählern eine Zeitlang ignoriert, dann aber aufmerksam zur Kenntnis genommen wurde.

Die Koalition der späten 60er Jahre ist längst zerfallen. Die Münchener Parteiführung (die allerdings nicht „pluralistisch“ zusammengesetzt ist) bemüht sich um eine Zurückdrängung der Konflikte. Aber gerade dies bringt sie in ein Sperrfeuer von beiden Seiten. Eine „Konfliktkommission“, die von übergeordneten Parteigliederungen mitgetragen wird, hilft beim Krisenmanagement. Aber die Grabenkämpfe der vergangenen Jahre haben Narben hinterlassen, die immer wieder aufbrechen.

Die Konsolidierung einer solchen Parteiorganisation ist ein langwieriger Prozeß. Es wird notwendig sein, Schritt für Schritt alle Strömungen der Partei wieder an der Führung der Partei zu beteiligen. Vorbedingung dafür ist eine vorausschauende Austrocknung der Konfliktherde und eine Eindämmung jenes Prozesses der publizistischen Selbsterstörung.

Die Münchener Partei müßte eine *gezielte* Mitgliederwerbung, vor allem in der Industriearbeiterschaft, betreiben und müßte dafür sorgen, daß über die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften „Sprachgemeinschaften“ innerhalb der Partei entstehen. Besonders wichtig wird dabei die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer sein, die zu einem „Sprechsaal“ für die Mitglieder aus der Industriearbeiterschaft, aber auch aus den öffentlichen Verwaltungen gemacht werden muß. Denn auch das muß man sehen: Die sozialdemokratischen Parteiorganisationen in den Dienstleistungszentren könnten auch von einer neuen Form des „Klassenkampfes“ zwischen dem öffentlichen Dienst und der Industriearbeiterschaft zerrieben werden. Diesem Prozeß, der in den letzten Monaten gefährlicher geworden ist, muß rechtzeitig begegnet werden.

Diese Politik der Integration nach innen wäre zu ergänzen durch eine systematische Auseinandersetzung um die lokale Gesellschaft. Wenn gegenüber dem Bürger auch noch der Eindruck abgebaut werden könnte, daß die Sozialdemokratie (als seit Jahrzehnten regierende Stadtpartei) in den großen Städten an „Verfälschung“ litte, wäre die Konsolidierung möglich. Der „Sprung“ in der Mitgliederbewegung nach 1969 wäre damit verkräftet, die Integration neuer sozialer Schichten gelungen. Niemand sollte sich aber Illusionen hingeben; dieser Weg — der in den nächsten 2—3 Jahren zurückzulegen ist — ist hart und steinig. Denn selbstverständlich drängt der politische Gegner (von seiner Warte aus legitimerweise) auf eine Spaltung der Sozialdemokratie, die ihm auf lange Zeit die Macht in der Bundesrepublik sichern würde.

Ein Beispiel unter vielen bietet die Analyse von Rudolf Krämer-Badoni in der WELT vom 19. August 1975. Er stellt dort fest, daß die große politische Leistung der SPD die Integration und — wie er schreibt „Bändigung fast aller linken Spielarten“ sei. Und setzt dann hinzu: „Wenn es soweit ist, daß die radikalen Linken in der SPD-Spitze (gemeint ist wohl der linke Flügel der Partei, P. Gl.) mit der Mehrheit rechnen können, wird die zweite staatsmännische Leistung der SPD darin bestehen müssen, auf Spaltung zu drängen. Hoffentlich gibt es dann genügend freiheitlich denkende SPD-Politiker, die bereit sind, die Regierungsmehrheit der persönlichen politischen Freiheit der Bürger zu opfern.“¹⁸⁾

¹⁸⁾ Die WELT vom 19. 8. 1975.

Angesichts derartiger Bestrebungen wird es die Aufgabe der sozialdemokratischen Führungen in allen europäischen Parteien sein, den Zusammenhalt der fragilen sozialen Koalitionen zu gewährleisten, die die reformistischen Parteien darstellen. Harold Wilson hat diese Aufgabe — durch das Plebiszit zur Europafrage — in England in einer bedrängen-

den Situation gerade wieder einmal gemeistert. Männer wie Brandt, Kreisky und Palme haben in ihren Parteien in den letzten Jahren wichtige Voraussetzungen für eine derartige Konsolidierung geschaffen. Der Ausgang dieses Prozesses ist ungewiß, unser Parteiensystem instabiler, als viele glauben. Aber noch besteht die Chance, daß die Operation gelingt.

Hans-Ulrich Klose: Die Unregierbarkeit der Städte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/75, S. 3—13

Die Frage der „Unregierbarkeit der Städte“ konfrontiert insbesondere den Politiker mit mehreren verschiedenen Problemen der Entwicklungsmöglichkeiten unserer Städte. Ausgangsthese für die hier angestellten Überlegungen ist: Das Leben in einem dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik wird im wesentlichen von den Städten geprägt. Deshalb ist das Funktionieren oder Nichtfunktionieren der Städte von erheblicher Bedeutung für die ganze Nation. Aus dieser Perspektive erhalten die „Juckpunkte“ der Regierbarkeit der Städte ihr politisches Gewicht. Die Fragen, die hier gestellt und erörtert werden, sind diese:

1. Hat im Rahmen gewollter Demokratisierungsbestrebungen möglicherweise die Aktivierung der Basis und haben eventuell auch ausgeweitete Mitbestimmungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst dazu geführt, daß demokratisch legitimierte Gremien eher opportune als von der Sache her gebotene Entscheidungen fällen, was nicht unbedingt eine Steigerung der Effektivität staatlichen Handelns beinhaltet? Bahnt sich hier eine Richtungs- wende von der Demokratie zur „Bewilligungs“- und „Gefälligkeitsdemokratie“ an? Muß nicht umgeschaltet werden von Mitbestimmungs-Quantität auf Mitbestimmungs- Qualität?
2. Hat sich die Stadtentwicklungspolitik umzuorientieren, muß sie abgehen von den großen Konzepten und übergehen zu den kleinen Konzepten mit dem Ziel, die Stadt in ihren verschiedenen Teilen Stück für Stück zu erneuern und zu entwickeln?
3. Ist es möglich, die Arbeitsplatzprobleme der großen Städte zu lösen und die zu erwartende Arbeitsplatzlücke zu verkraften, wenn weiter die Mehrung von Lebensstandard mißverstanden wird als Mehrung von ausschließlich monetären Mitteln? Oder muß sich in Zukunft ein Mehr an Lebensstandard nicht ausdrücken in einer Veränderung des Zeitbudgets, was bedeutet: geringere Arbeitszeit ohne vollen Lohn- und Gehaltsausgleich, weil sonst aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen die Dienstleistungsbedürfnisse der Gesellschaft nicht befriedigt werden können?

Es ist notwendig, auf der Basis dieser und anderer vergleichbarer Fragen ein nachhaltiges, erneuerndes Denken in Gang zu setzen, wenn unseren Städten und damit unserem Land sichere Entwicklungschancen gewährleistet bleiben sollen.

Peter Glotz: Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchener SPD 1968—1974

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41/75, S. 15—37

Der Autor analysiert die Mitgliederstruktur der Münchner SPD im Hinblick auf soziale Schichtung, Altersstruktur, Eintrittsdatum, Geschlecht etc. — und zwar mit den Stichdaten 1968 und 1974. Er registriert dabei eine „dramatische Entwicklung“: Die Partei hat sich vollständig gewandelt. Sie hat sich radikal verjüngt, in ihrer sozialen Schichtung zu den Mittelschichten hin verschoben, in ihrer Funktionärsgruppe akademisiert. Insbesondere hat sie sich als Organisation so schnell verändert, daß — so die These des Autors — sie keine Zeit hatte, von einer „Agglomeration“ zu einer solidarisch handelnden Parteiorganisation zu werden.

Der Autor vertritt die These, daß diese Entwicklung u. a. eine Reaktion auf den Problemdruck in den Metropolen sei. Eine Analyse der Parteiorganisationen in den großen Städten Europas, ob in London, Amsterdam oder eben in München, Frankfurt, Hamburg oder Stuttgart, zeige, daß in all diesen Städten ähnliche Entwicklungen in den reformistischen Parteien aufgetreten seien. Der Autor konstatiert einen engen Zusammenhang zwischen Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität und weist auf die komplizierten sozialpsychologischen Prozesse hin, die in derartigen Großstadtorganisationen ablaufen. Es sei wenig sinnvoll, aus Bereichen, die unter geringerem Problemdruck arbeiten können, mit dem Zeigefinger auf die Parteiorganisationen der großen Dienstleistungszentren zu deuten; vielmehr müsse man die Entwicklungen analysieren und vorbeugend kanalisieren.